

Sand im Getriebe

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Sondernummer - Mai 2020



Foto: focusweb

Leben in Zeiten des Corona-Virus (2)

Diese Sondernummer fasst thematisch die Dokumente und Links zusammen, die auf der Sonderseite <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig/detailansicht/news/leben-in-zeiten-des-corona-virus/> chronologisch (26. April bis 24. Mai 2020) veröffentlicht wurden.

Ignacio Ramonet: Konfrontiert mit dem Unbekannten - Die Pandemie und das Weltsystem (Auszüge)	2	Österreich: Breites Bündnis stellt 4 Forderungen für ein stabiles Sozial- und Ökosystem	20
ISW: Die armen Länder im Corona-Weltwirtschaftskampf	9	Die Profite multinationaler Konzerne (BlackRock; Bill Gates u.a.)	21
- global dialogue for systemic change / - Schuldenkrise	10	- 105 Organisationen warnen vor einer neuen Ära der invasiven digitalen Überwachung	23
- Ernährungskrise	11	- Alternative Online-Kommunikation	24
- Gefährliche aber profitable Pestizide	12	- G5 in der Kritik	25
- Pharmakonzerne	12	Geld für Gesundheit statt für Rüstung!	25
- Solidarität verbreiten, nicht das Virus	13	Attac At Webinare / Karlsruher Urteil zur EZB	26
- Kooperation und allgemeinen Zugang zur medizinischen Versorgung	14	EU Handelspolitik (EU-Mexko-Abkommen): Keine Hoffnung auf Kurswechsel	27
Kurznachrichten aus allen Kontinenten	15	Deutschland: Auflagen für Konzerne? Soziale Spaltung / Grundrechte	29
Frankreich: „Nie Wieder!“ Aufruf zum 1. Mai - Kurzmeldungen	17	- Klimagerechtigkeit	30
Attac Österreich: Lastenausgleich von den 10.000 Reichsten nötig	19	- Geflüchtete, dem Virus ausgeliefert	30
		24 notwendige Maßnahmen für einen sozial- gerechten Umgang in Zeiten von Corona	31

Ignacio Ramonet: Konfrontiert mit dem Unbekannten Die Pandemie und das Weltsystem

Eine ausführliche Bewertung der Weltlage in Corona-Zeiten – Einige Auszüge _

Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ bedankt sich bei Amerika21 für die freundliche Genehmigung der Veröffentlichung. Vollständiger Text (24 Seiten) und Quellenhinweise in einer [SiG-Sondernummer](#), Mai 2020

(...) Inzwischen ignoriert niemand die Tatsache, dass die Pandemie nicht nur eine Gesundheitskrise ist. Sie stellt etwas dar, was die Sozialwissenschaften als ein "gesamtgesellschaftliches Ereignis" beschreiben, in dem Sinne, dass sie alle sozialen Beziehungen und alle Akteure, Institutionen und Werte erschüttert. (...)

Es wird nun offen von Verstaatlichung, Rückverlagerung, Reindustrialisierung, von pharmazeutischer und gesundheitlicher Souveränität gesprochen. Es wird wieder ein Wort benutzt, das die Neoliberalen stigmatisiert, in die Ecke gedrängt und verbannt haben: Solidarität.

Die Weltwirtschaft wird durch die erste globale Quarantäne der Geschichte gelähmt. Überall auf der Welt gibt es gleichzeitig eine Krise von Angebot und Nachfrage. Etwa 170 Länder (von den 195 existierenden) werden im Jahr 2020 ein Minuswachstum aufweisen. Mit anderen Worten, eine schlimmere wirtschaftliche Tragödie als die Große Rezession von 1929. (...) David Beasley, Leiter des Welternährungsprogramms (WFP), hat vor der sich anbahnenden katastrophalen Situation gewarnt: *"Wir stehen am Rande einer 'Unterernährungspandemie'. Die Zahl der Menschen, die unter schwerem Hunger leiden, könnte sich bis Ende des Jahres verdoppeln und die Zahl von 250 Millionen Personen übersteigen..."* (...)

Der einzige Lichtblick ist, dass die Umwelt eine Atempause bekommen hat, da der Planet im Pausenmodus ist. Die Luft ist klarer, die Vegetation üppiger, die Tierwelt freier. Die Luftverschmutzung, die jedes Jahr Millionen Menschen tötet, ist zurückgegangen. Plötzlich sieht die Natur, vom Dreck der Umweltverschmutzung reingewaschen, wieder so schön aus ... Als ob das Ultimatum an die Erde, das uns das Coronavirus stellt, auch eine verzweifelte letzte Warnung auf unserem selbstmörderischen Weg zum Klimawandel wäre: "Vorsicht! Nächster Halt: Zusammenbruch."

Auf der geopolitischen Ebene hat der spektakuläre Angriff eines unbekanntes Akteurs – des neuen Coronavirus – das Schachbrett des Weltsystems völlig durcheinander gebracht. An allen Kriegsfrenten – Libyen, Syrien, Jemen, Afghanistan, Sahel, Gaza usw. – wurden die Kämpfe ausgesetzt. Die Seuche selbst, mit mehr Autorität als der Sicherheitsrat selbst, de facto eine *Pax Corona* durchgesetzt...

In der internationalen Politik hat das grauenhafte Management dieser Krise durch Präsident Donald Trump der weltweiten Führungsrolle der USA einen schweren Schlag versetzt, die weder sich selbst noch anderen helfen konnten.

China hingegen hat es nach einem fehlerhaften Start im Kampf gegen die neue Geißel geschafft, sich zu erholen, Hilfe in hundert Länder zu schicken und scheint das größte Trauma der Menschheit seit Jahrhunderten überwunden zu haben. Die Zukunft der neuen Weltordnung könnte gerade jetzt entschieden werden...

In jedem Fall ist die schockierende Realität, dass die mächtigsten Mächte und die fortschrittlichsten Technologien sich als unfähig erwiesen haben, die globale Ausbreitung von Covid-19 zu stoppen. (...)

Eine lang angekündigte Pandemie

(...) Das Argument der Überraschung ist nicht akzeptabel. Erstens, weil es im Bereich der öffentlichen Gesundheit ein berühmtes Sprichwort gibt: "Ausbrüche sind unvermeidlich, Epidemien nicht".

Zweitens, weil Dutzende von Belletristik- und Science-Fiction-Autoren (...) den apokalyptischen Gesundheitsalptraum, der die Welt bedroht, ausführlich beschrieben haben.

Drittens, weil visionäre Persönlichkeiten (Rosa Luxemburg, Gandhi, Fidel Castro, Hans Jonas, Ivan Illich, Jürgen Habermas) schon vor langer Zeit davor gewarnt haben, dass die Ausplünderung und Zerstörung der Umwelt schwerwiegende Folgen für die Gesundheit haben könnte.

Viertens, weil jüngste Epidemien wie SARS im Jahr 2002, die Vogelgrippe 2005, die Schweinegrippe 2009 und MERS 2012 in einigen Fällen bereits ein unkontrollierbares Pandemie-Niveau erreicht und Tausende von Todesfällen auf der ganzen Welt verursacht haben.

Fünftens, weil es, als am 10. März 2020 in New Jersey der erste Todesfall durch das neue Coronavirus in den USA eintrat, fast drei Monate her war, dass die Epidemie in Wuhan ausgebrochen war und schnell das gesamte Gesundheitssystem sowohl in China als auch in mehreren europäischen Ländern überwältigt hatte; das heißt, es gab Zeit, sich vorzubereiten.

Und sechstens, weil Dutzende von Prospektivisten und mehrere Studien aus der jüngsten Zeit sehr ernsthafte Warnungen über das bevorstehende Auftreten einer Art neuen Virus herausgegeben hatten, der so etwas wie die Mutter aller Epidemien verursachen könnte.

(...) Die unmittelbare Gefahr des Ausbruchs eines neuartigen Coronavirus, das vom Tier auf den Menschen über-

springen und eine schreckliche Pandemie auslösen könnte, war seit Jahren bekannt... *"Die Entwaldung, die Eröffnung neuer Straßen, Bergbau und Jagd sind Aktivitäten, die an der Auslösung verschiedener Epidemien beteiligt sind"*, erklärt z. B. Alex Richter-Boix, Doktor der Biologie und Spezialist für Klimawandel. Es bedurfte keiner Untersuchungen irgendeines Supergeheimdienstes, um zu wissen, was auf uns zukommt. Es war bekannt... Sie wussten es... Die Katastrophe hätte vermieden werden können...

Sanitäre Cyberüberwachung

Südkorea, Singapur und China, die oft als Nationen zitiert werden, die erfolgreich gegen das Coronavirus gewesen sind, haben insbesondere Strategien der Makrodaten und der digitalen Überwachung angewandt, um die Infektionszahlen unter Kontrolle zu halten. Dieser "technologische Lösungsansatz" bedeutet, einen Teil der Privatsphäre des Einzelnen zu opfern. Und das wirft offensichtlich Probleme auf.

In Südkorea haben die Behörden eine App für Smartphones eingesetzt. (...) Die App enthüllt, ob sich ein Bürger in Risikogebieten aufgehalten hat und weiß, ob sein Test positiv ist oder nicht. Wenn er positiv ist, ordnet die App eine Quarantäne an. Sie verfolgt auch die Bewegungen aller Infizierten und lokalisiert die Kontakte jedes einzelnen von ihnen. (...)

Das "südkoreanische Modell" basiert auf der massiven Nutzung von Daten und ist mit verschiedenen "Videoüberwachungs"-Systemen verbunden. Bis vor kurzem hätte dies dystopisch und futuristisch auf uns gewirkt, aber jetzt wird es in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien und anderen westlichen Demokratien gleichermaßen nachgemacht.

Man muss dazu sagen, dass einige Staaten und die großen privaten Mobilfunkbetreiber in den letzten Jahren schon Milliarden Daten angehäuft haben und genau wissen, wo sich jeder ihrer zahlreichen Nutzer befindet. Auch Google und Facebook haben Berge von Daten gespeichert, die unter dem Vorwand der Pandemie für eine massive, in die Privatsphäre eindringende Überwachung genutzt werden könnten... Und außerdem könnten Apps mit Stadtkoordinaten wie Happn oder Tinder jetzt dazu dienen, Infizierte aufzuspüren... Ganz zu schweigen davon, dass auch Google Maps, Uber, Grab, Cabify oder Waze die Wege und die Abläufe ihrer Millionen Kunden kennen... Überall hat sich die digitale Kontrolle beschleunigt. (...)

Zweifelsohne eröffnet die Ortung von Mobiltelefonen, selbst für einen guten Zweck, die Tür zur Möglichkeit einer massenhaften digitalen Überwachung. Umso mehr, als die Apps, die deinen Aufenthaltsort zu einem bestimmten Zeitpunkt ermitteln, dem Staat alles sagen können... Und das könnte sich, wenn die Pandemie vorüber ist, ausbreiten und zur neuen Normalität werden... Der Staat wird auch Zugang zu den Krankenakten der Bürger und anderen Informationen haben wollen, die bisher durch die Privatsphäre geschützt

waren. Und wenn diese Pandemie vorbei ist, werden die Behörden in der ganzen Welt die Überwachung nutzen wollen, um die Gesellschaft ganz einfach besser zu kontrollieren. So geschehen bei der Antiterrorgesetzgebung (man denke an den USA Patriot Act) nach den Anschlägen vom 11. September 2001.

Es ist auch wahr, dass diese massive Anwendung futuristischer Technologien nicht ausreichend und ausschlaggebend war, um die Ausbreitung von Covid-19 zu bekämpfen. Nicht einmal in Südkorea, China, Taiwan, Hongkong, Vietnam oder Singapur...

Der relative Erfolg dieser Länder gegen Covid-19 erklärt sich vor allem aus der Erfahrung, die sie zwischen 2003 und 2018 in ihrem langen Kampf gegen SARS und MERS gesammelt haben, den beiden vorhergehenden Epidemien, die auch durch Coronaviren verursacht wurden. Keine dieser beiden Seuchen erreichte Europa oder die USA. Dies erklärt zum Teil auch, warum die europäischen und US-amerikanischen Regierungen spät und schlecht auf die Pandemie reagiert haben. Es fehlte ihnen an Erfahrung... Während China, Taiwan, Hongkong, Singapur und Vietnam dem grausamen Ausbruch von SARS erlitten hatten... Und Südkorea war 2015 zudem mit einem besonders schwerwiegenden Ausbruch der MERS-Epidemie konfrontiert.

In einer Situation absoluter Dringlichkeit und ohne dass ihnen irgendeine westliche Macht zu Hilfe kam, nutzten sie frühere Bestimmungen zur öffentlichen Gesundheit, die die Epidemiologen gut kannten, weil sie wie gesagt angesichts zahlreicher Epidemien bereits seit dem Mittelalter wirksam eingesetzt worden waren... Ohne auf digitale Technologien zurückzugreifen, stützten sich die Behörden auf eine sehr einfache Überzeugung: Wenn wie durch Zauberei alle Einwohner vierzehn Tage lang dort bleiben würden, wo sie sich befanden, eineinhalb Meter voneinander entfernt, würde die ganze Pandemie sofort aufhören.

Von da an verbreitete sich die Verwendung von Masken in ganz Asien. Und Dutzende Fabriken wurden errichtet, die sich auf die Massenproduktion von Schutzmasken spezialisierten... Die Fieberkontrollen mit digitalen Infrarot-Thermometern in Form einer Pistole wurden zur Routine. (...) Auch das Händewaschen mit gechlortem Wasser oder Seife wurde zur Pflicht. In Krankenhäusern wurden – wie im 19. Jahrhundert – die Bereiche in "saubere" und "schmutzige" Zonen unterteilt, und die Ärzteteams gingen nicht von einer in die andere. Es wurden Trennwände eingebaut, um ganze Flügel voneinander zu trennen; das Gesundheitspersonal betrat den Raum an einem Ende mit Schutzanzügen und verließ ihn unter der Aufsicht von Hygiene-Personal desinfiziert am anderen Ende.

Mit SARS und MERS haben die Regierungen dieser Länder gelernt, vorsorglich riesige Mengen an Schutzausrüstung (Masken, Gesichtsschutz, Handschuhe, Helme, Desinfektionsgel, Kittel usw.) zu lagern. Sie wussten, dass sie im Falle einer neuen Epidemie schnell und aggressiv handeln muss-

ten. Das taten sie in diesem Januar, als die Verbreitung von Covid-19 begann. China hat schnell eine strenge Quarantäne verhängt. Es isolierte die Infizierten und ihre Kontakte in hermetisch abgeschlossenen Bereichen. Südkorea und Japan taten dies zwar nicht, verlangten aber einen Sicherheitsabstand und das Tragen von Hygienemasken. Und vervielfachten die Screening-Tests massiv.

Beispielhaft in Südostasien ist Vietnam. Es war eines der Länder, das 2003 am schnellsten und entschiedensten gegen SARS handelte. Und es hat die Lektion gelernt. Als sich das neue SARS-CoV-2-Virus in der Region auszubreiten begann, wendeten die Behörden in Hanoi – bei nur sechs infizierten Personen – sofort strengste Eindämmungs- und Isolationsmaßnahmen an. Und im Februar 2020 haben sie bekannt gegeben, dass die Pandemie eingedämmt sei.

All dies zeigt, dass digitale Technologien zur Lokalisierung und Identifizierung trotz ihrer Bedeutung nicht ausreichen, um das Coronavirus einzudämmen.

Für drei sehr dringende Anliegen – unsere Hände desinfizieren, Masken herstellen und den Vormarsch des Virus aufhalten – musste die Menschheit auf Produkte und Techniken zurückgreifen, die mehrere Jahrhunderte alt sind. Die Seife, die von den Römern vor unserer Zeitrechnung entdeckt wurde; die Nähmaschine, die von Thomas Saint um 1790 in London erfunden wurde; und vor allem die Anwendung der Ausgangssperre und der sozialen Isolation, die in Europa seit dem 5. Jahrhundert gegen Dutzende aufeinanderfolgende Pestwellen verfeinert wurde... Was für eine Lektion in Bescheidenheit!

Diejenigen opfern, die "zu alt" sind

Dies sind auch Zeiten mangelnder Solidarität. Nationale Egoisten haben sich mit überraschender und brutaler Geschwindigkeit manifestiert. Nachbar- und befreundete Staaten haben nicht gezögert, einen "Krieg der Masken" zu beginnen oder sich wie Piraten medizinische Geräte anzueignen, die für ihre Partner bestimmt sind. Wir haben Regierungen gesehen, die den doppelten oder dreifachen Preis für medizinische Geräte zahlen, um die Produkte zu erhalten und zu verhindern, dass sie an andere Nationen verkauft werden.

(...) Einige ultraliberale Fanatiker haben gleich schonungslos die Eliminierung der Schwächsten gefordert. Ein stellvertretender Gouverneur in den USA erklärte: *"Die Großeltern sollten sich opfern und sterben, um die Wirtschaft zu retten"*. In derselben vernichtenden Art forderte der neoliberale Analyst des US-Senders CNBC, Rick Santelli, zum *"Gesundheits-Darwinismus"* auf und verlangte, *"die gesamte Bevölkerung mit dem Virus zu impfen. Das würde den unvermeidlichen Verlauf nur beschleunigen... Aber die Märkte würden sich stabilisieren"*. In den Niederlanden erklärte der Leiter der Epidemiologie am Medizinischen Zentrum der Universität Leiden, Frits Rosendaal, dass *"Menschen,*

die zu alt oder zu schwach sind, nicht auf Intensivstationen aufgenommen werden sollten".

Covid-19 unterscheidet nicht, aber die ungleichen Gesellschaften tun dies sehr wohl. Denn wenn Gesundheit eine Ware ist, sind arme, diskriminierte, marginalisierte und ausgebeutete soziale Gruppen der Infektion viel stärker ausgesetzt. Dies ist zum Beispiel in Singapur der Fall. Aufgrund ihres sozialen Status mussten viele Einwanderer trotz der Ansteckungsgefahr ihre Arbeit fortsetzen... Andererseits schreibt ein Gesetz vor, dass ausländische Arbeitnehmer in „Schlafsälen“ leben müssen. (...) Ein einziger "Schlafsaal" verursachte 15 Prozent aller neuen Fälle im Land.

Was in diesen "Schlafsälen" in Singapur geschah, gibt eine Vorstellung davon, was in Südostasien, in Indien, in Afrika, in Lateinamerika sowie in Ländern mit wenig Ressourcen und embryonalen Gesundheitssystemen geschehen könnte. Wenn das Virus in reichen Staaten – Italien, Frankreich, Spanien – den schrecklichsten Tribut gefordert hat, den wir kennen, was wird dann in einigen verarmten Gebieten Afrikas geschehen? Wie können wir von "Quarantäne" oder "Isolation" oder "Desinfektionsgel" oder "Schutzabstand" oder selbst von "Händewaschen" bei Millionen von Menschen sprechen, die ohne fließendes Wasser in Favelas, in Siedlungen aus Baracken oder Blechhütten zusammengedrängt sind, auf der Straße schlafen oder in behelfsmäßigen Flüchtlingslagern oder in den Ruinen von Gebäuden leben, die durch Kriege zerstört wurden? Allein in Lateinamerika sind 56 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der informellen Wirtschaft tätig...

Einige ethnische Minderheiten in den USA – Afroamerikaner, Latinos – haben eine Coronavirus-Todesrate, die weit über ihrem Anteil an der Bevölkerung liegt. (...) In Chicago machen Afroamerikaner 30 Prozent der Bevölkerung aus, machen aber 72 Prozent der Todesfälle aus... In einem Land, in dem der Test auf das neue Coronavirus 3500 US-Dollar kostet, ist Gesundheit oft ein Spiegelbild sozialer Ungleichheit. Der wilde Kapitalismus kümmert sich nicht um den Schmerz der Armen.

"Diese Krise", erklärt Noam Chomsky, "ist das x-te Beispiel für das Versagen des Marktes. Und auch ein Beispiel für die Realität der Bedrohung durch eine Umweltkatastrophe. Der neoliberale Angriff hat die Krankenhäuser ohne Ressourcen gelassen. Krankenhausbetten wurden im Namen der 'wirtschaftlichen Effizienz' abgeschafft. [...] Da die Vorbereitung auf eine Pandemie nicht gut für die Geschäfte waren, wurde nichts getan."

Der französische Philosoph Edgar Morin stellt seinerseits fest: *"Schließlich ist die Opferung der Schwächsten – der Alten, der Kranken – funktional für eine Logik der natürlichen Auslese. Wie in der Welt des Marktes ist derjenige, der dem Wettbewerb nicht standhalten kann, dem Untergang geweiht. Eine wirklich humane Gesellschaft zu schaffen bedeutet, sich diesem Sozialdarwinismus um jeden Preis zu widersetzen."*

Helden unserer Zeit

Die Krieger, die sich an die Frontlinien, an die vorderen Posten gestellt haben, um dem tödlichen SARS-CoV-2 entgegenzutreten – die Ärzte, Krankenschwestern, Hilfskräfte und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens – sind zu unfreiwilligen Protagonisten geworden, die von den Balkonen, Plätzen und Straßen der Städte auf der ganzen Welt Lob und Beifall ernten. Fast alle von ihnen sind öffentliche Angestellte, für die die Gesundheit der Bevölkerung keine Ware, sondern ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht ist.

Sie werden für ihren Einsatz bei der täglichen Arbeit zur Bekämpfung der Infektion und zur Rettung von Leben in die Geschichte eingehen, erschöpft und entkräftet. Oftmals haben sie sich dem ansteckenden Virus ohne Masken, Kittel oder Schutzausrüstung gestellt... *"Wir ziehen ohne Waffen in den Krieg!"* klagte eine altgediente Krankenschwester aus Guayaquil, Ecuador, die wütend war über die Infektion von achtzig Kollegen und den Tod von fünf weiteren...

Eines Tages, wenn dieser Alptraum vorüber ist, werden wir Denkmäler zu Ehren dieser Märtyrer in weißen Kitteln errichten müssen. Um für immer an ihren Mut, ihre Selbstlosigkeit, ihre Menschlichkeit zu erinnern. Als Albert Camus sagte, dass *"die Pest uns lehrt, dass es in den Menschen mehr Dinge gibt, die der Bewunderung als der Verachtung würdig sind"*, dachte er an sie.

In dieser Hinsicht hat sich ein kleines Land, ebenfalls bewunderungswürdig, durch seinen Altruismus und seine Großzügigkeit hervor getan. Es handelt sich um Kuba. Seit 60 Jahren von den USA belagert und blockiert und zudem brutalen einseitigen Zwangsmaßnahmen durch Washington ausgesetzt, war das Land das erste, das China beim Ausbruch dieser Pandemie zu Hilfe kam. Seitdem haben die kubanischen Behörden nicht aufgehört, Brigaden von Ärzten und medizinischem Personal zur Bekämpfung von Covid-19 in etwa zwanzig Länder zu schicken, darunter drei aus dem reichen Europa: Italien, Frankreich und Andorra. (...)

Höhepunkt der Desinformation

(...) Es ist bekannt, dass sich falsche Nachrichten zehnmal schneller verbreiten als wahre; und dass sie, selbst wenn sie dementiert werden, in den Netzwerken überleben, weil sie weiterhin ohne jede Kontrolle verbreitet werden. (...) Man darf nicht vergessen, dass während dieser endlosen Quarantäne in einem Kontext der Unsicherheit und der Emotionen und angesichts des realen Bedürfnisses aller, die Seuche zu verstehen und sie mit Argumenten zu begreifen, zwei miteinander kombinierte Zutaten die starke Ausstrahlung von Lügen begünstigt haben. Auf der einen Seite die Vertrautheit, das Vertrauen zwischen Menschen, die im selben Netzwerk Informationen austauschen. Auf der anderen Seite die ständige Wiederholung von Botschaften mit identischem Muster. Mit der allgemeinen Panik, die durch die Pandemie ausgelöst wurde, und mit Millionen Menschen, die verzwei-

felt auf ihren Bildschirmen nach Daten über das unbekannte Coronavirus suchten, fanden die "Desinformationsblasen" ein perfektes Ökosystem vor, um sich bis ins Unendliche zu vervielfachen. Alles wurde zudem noch dadurch vereinfacht, dass im Jahr 2016 die wichtigsten Unternehmen für soziale Netzwerke die Algorithmen der Nachrichtenhierarchie verändert hatten. Seither geben sie Mitteilungen von Freunden und Bekannten zu Lasten von Nachrichten von Organisationen oder den Medien den Vorrang. (...) Angesichts der überwältigenden Menge an Falschmeldungen muss von nun an jeder Bürger die verschiedenen Verifizierungsplattformen kennen, die uns kostenlos zur Verfügung stehen (...).

Auf dem Weg zu einem digitalen Kapitalismus?

(...) Die tägliche Zeit, die wir im Internet verbringen, ist in die Höhe geschossen (...).

Zoom hatte Ende 2019 10 Millionen aktive Nutzer, Ende März waren es über 200 Millionen... Vor der Ausbreitung des Coronavirus kosteten die Zoom-Aktien 70 Dollar. Am 23. März waren sie 160 Dollar wert, in anderen Worten, eine Gesamtkapitalisierung von über 44 Milliarden Dollar. (...) Digitale Riesen wie Google, Amazon, Facebook oder Netflix, die den Markt bereits beherrschten, erleben einen grandiosen Moment des kommerziellen Erfolgs. Die gewaltige Injektion von Geld und vor allem von Makrodaten, die sie erhalten, wird es ihnen ermöglichen, ihre Kontrolle über die algorithmische Intelligenz exponentiell zu entwickeln. Um die digitale Kommunikationssphäre im globalen Maßstab noch stärker zu dominieren.

Diese gigantischen technologischen Plattformen sind in wirtschaftlicher Hinsicht die absoluten Gewinner dieses tragischen Moments der Geschichte. Dies bestätigt, dass im Kapitalismus nach der Ära von Kohle und Stahl, der Ära der Eisenbahnen und der Elektrizität und der Ära des Öls die Zeit der Daten, dem neuen dominierenden Rohstoff in der Ära nach der Pandemie, gekommen ist. Willkommen im digitalen Kapitalismus...

Im Übrigen geht es dem Kapitalismus schlecht... Noch nie hat man eine Vollbremsung der Wirtschaft des gesamten Planeten erlebt. Die von Covid-19 am stärksten betroffenen Gebiete sind – vorerst – China und Ostasien, Europa und die USA, also das zentrale Dreieck der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung. Millionen von Unternehmen, große und kleine, befinden sich in einer Krise, sind geschlossen, stehen am Rande des Bankrotts. Mehrere Hundert Millionen Arbeitnehmer haben ihren Arbeitsplatz ganz oder teilweise verloren..

Wie bei so vielen früheren Gelegenheiten werden die am schlechtesten bezahlten Angestellten und die Kleinunternehmen den höchsten Preis zahlen. 500 Millionen Menschen könnten in die Armut zurückgedrängt werden. Diese globale Wirtschaftskrise ist beispiellos und wird tiefer und

länger sein als die von 1929. Sie übertrifft in ihrer Schwere auch die Finanzkrise von 2008. Die Pandemie erzeugt eine allgemeine Ablehnung des anarchischen Hyperkapitalismus, der obszöne Ungleichheiten zugelassen hat, wie die Tatsache, dass ein Prozent der Reichen der Welt mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent. Auch die Auswüchse der wirtschaftlichen Globalisierung werden in Frage gestellt. Die Börsen sind, mit Höhen und Tiefen, abgestürzt. Ein brutaler Schock. Fieberhaft, panisch praktizieren die Regierungen eine Art "Kriegs-Keynesianismus". Sie müssen den Angestellten, den Bauern, den Familien, den Unternehmen helfen. Und sie geben umgehend astronomische Summen frei, um sie in die Finanzkreisläufe zu injizieren und so eine Implosion des Wirtschaftssystems zu vermeiden. Und auch um möglichst zu verhindern, dass das Coronavirus schließlich mehr Armut als Tote verursacht... Aber der Preis wird unvorstellbar sein. Mit der Erschwernis für den Staat, dass seine Steuereinnahmen drastisch reduziert werden. Das Defizit wird galaktisch sein. (...)

Europa als Schutzunion ist gescheitert. Der Gemeinschaftsclub ist unfähig gewesen, zusammen und multilateral auf das menschliche und soziale Drama zu reagieren, das den alten Kontinent heimsucht. Die Menschen – insbesondere die Familien und Freunde der Abertausenden von Toten – werden das nicht vergessen. *"Es ist ein Wirtschaftsmodell, das in Blut getränkt ist"*, prangert Naomi Klein an, *"Und jetzt beginnen die Menschen, das zu begreifen. Denn sie schalten den Fernseher ein und sehen Kommentatoren und Politiker, die ihnen sagen, dass sie vielleicht ihre Großeltern opfern sollten, damit die Aktienkurse steigen können... Und die Leute fragen sich: Was ist das für ein System?"*

(...) Welches Schicksal erwartet diese Europäische Union, die ihre schwächsten Partner nicht unterstützt und von den rechten Populisten und Extremisten von Innen zerfressen wird, nach der Pandemie?

(...) Die Rohstoffpreise sind zusammengebrochen. Nicht nur die Ölpreise, sondern auch Kupfer, Nickel, Baumwolle, Kakao, Palmöl usw. Für die Volkswirtschaften der Exportländer des Südens, in denen zwei Drittel Weltbevölkerung leben, ist dies eine verheerende Situation. Denn zum Einbruch der Exporte muss man den Ausfall der Tourismuseinkünfte hinzufügen und den drastischen Rückgang der Überweisungen von Emigranten, die vom Verlust der Arbeitsplätze in den von der Geißel gelähmten reichen Ländern betroffen sind. Mit anderen Worten, die drei Hauptressourcen der Länder des Südens brechen ein... Millionen Menschen, denen es in den letzten Jahrzehnten gelungen war, Teil einer wachsenden weltweiten 'Mittelschicht' zu werden, sind nun in Gefahr, wieder in die Armut zurückzufallen...

Darüber hinaus haben die Kapitale in diesem Kritischen Umfeld auch noch begonnen, massenhaft aus den Entwicklungsländern zu desertieren. (...) Infolgedessen sind viele Währungen eingebrochen (...)

Vor einem so düsteren Hintergrund ist das Wahrscheinlichste, dass, wenn die Pandemie vorüber ist, mehrere dieser geschwächten, ruinierten und verschuldeten Staaten starke soziale Umwälzungen erleben werden... Auch hier könnte es zu Blutbädern kommen... Auch ist es wahrscheinlich, dass wir in bestimmten Regionen eine verzweifelte Auswanderungswelle in Richtung Norden erleben werden... (...) Die Geschichte lehrt, dass Katastrophen Chauvinismus und Rassismus fördern...

Um alptraumartige Szenarien zu vermeiden, werden viele Stimmen laut, die verschiedene dringende Maßnahmen fordern. Darunter der Erlass der Schulden der Entwicklungsländer, die bereits vor der Krise eine enorme Auslandsverschuldung hatten. (...) Unter diesen kritischen Umständen wird auch von den USA verlangt, die ungerechten "einseitigen Zwangsmaßnahmen" gegen Kuba, Venezuela, Iran, Nicaragua, Syrien usw. aufzuheben.

Entglobalisieren?

Die Pandemie zwingt uns auch, das vorherrschende wirtschaftlich-kommerzielle Modell in Frage zu stellen. Die Gesundheitskrise hat gezeigt, dass die logistischen Versorgungslinien zu lang und zu zerbrechlich sind. (...) Durch neoliberalen ideologischen Extremismus ist die Welt bei der Verlagerung der Produktion, bei der Deindustrialisierung und der Doktrin "Null-Lagerhaltung" zweifellos zu weit gegangen. (...)

Seit der Finanzkrise von 2008 haben nationalistische und rechtspopulistische Gruppen – zu denen zum Beispiel die Wähler von Donald Trump, Boris Johnson, Viktor Orbán und Jair Bolsonaro gehören – ihre Ablehnung der wirtschaftlichen Globalisierung zum Ausdruck gebracht. Auf der anderen Seite haben Aktivisten seit Ende der 1990er Jahre aus linker und humanistischer Sicht auch die umweltzerstörende finanzielle Globalisierung massiv kritisiert und eine "andere mögliche Welt" eingefordert.

Zu diesen bereits beträchtlichen Kräften werden nun die Massen von Personen hinzukommen, die unzufrieden sind mit der Abhängigkeit ihrer Länder bei der Bewältigung der Covid-19-Katastrophe. Es herrscht das Gefühl, dass viele Regierungen mit der Globalisierung grundlegende Aspekte ihrer Souveränität, Unabhängigkeit und Sicherheit aufgegeben haben.

(...) Zweifellos wird die aktuelle Tragödie Covid-19 die Nationen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung drängen.

Führungsrollen

Die meisten Regierungen haben versagt. Gebeutelte wie sonst nie in Friedenszeiten waren sie nicht in der Lage, sich der enormen Herausforderung zu stellen. Sie haben nicht mal eine ihrer wichtigsten verfassungsrechtlichen Befugnisse wahrgenommen: Die Verantwortung für den Schutz ihrer

Bevölkerung. (...) Vielleicht werden einige der Verantwortlichen, wenn das Coronavirus besiegt ist, vor einem Gericht ähnlich dem Nürnberger Tribunal Rechenschaft ablegen müssen... (...) Die Großmächte haben sich als unfähig erwiesen, sich auf globaler Ebene abzustimmen (was für ein Desaster ist der UN-Sicherheitsrat!), um eine gemeinsame weltweite Front zu bilden und bei der Suche nach Lösungen und kollektiven Auswegen aus der Krise zusammenzuarbeiten. (...) Dieser pandemische Moment von Stress, Verwirrung und Kontrollverlust ist von der Abwesenheit von Führungspersönlichkeiten an der Spitze der wichtigsten westlichen Mächte gekennzeichnet. (...)

In diesem brisanten Szenario haben andere Führungspersönlichkeiten dagegen eine langfristige Vision, die Antizipation von Ereignissen und den Entschluss zu raschem Handeln gezeigt. Zwei davon sind Frauen, und beide progressiv: Die isländische Premierministerin Katrin Jakobsdottir, eine Feministin und Umweltschützerin der Grünen, und die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern, Vorsitzende der Labour Party.

Island hat dabei eine in der Welt einzigartige Strategie verfolgt, indem es der gesamten Bevölkerung kostenlose Masentests für das Covid-19-Virus anbot, als der erste Fall des Virus entdeckt worden war. (...) Katrin Jakobsdottir und ihre Regierung baten diejenigen, die nach Island einreisten, sich in Gesundheitszentren untersuchen zu lassen, auch wenn sie keine Symptome hatten. Dieser proaktive Ansatz, SARS-CoV-2 zu identifizieren noch bevor es auftrat, war entscheidend.

Auch in Neuseeland traf Jacinta Ardern schon sehr früh aggressivere Entscheidungen als in anderen entwickelten Ländern, wie z.B. strengste Ausgangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung für einen Monat und die vollständige Schließung der Grenzen der Inselgruppe. Ihr Ziel war es, die "Eliminierung" der Krankheit anzustreben anstatt der "Linderung", die in vielen anderen Ländern angewandt wurde. Die Idee war, die Kurve zu zerstören und nicht nur abzuflachen.

Viele Experten sind der Ansicht, dass Island und Neuseeland zusammen mit Südkorea die Nationen sind, die am besten mit der Pandemie fertig geworden sind. Aber auch der Fall Venezuelas muss hinzugefügt werden. (...) Dank der von seiner Regierung beschlossenen Maßnahmen (Ausgangsbeschränkung, Grenzschließungen, Befragungen von Haus zu Haus, Krankenhauseinweisung aller positiv getesteten Personen) – und trotz der von den USA verhängten illegalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade und militärischen Drohungen – konnte Venezuela die in Italien, Spanien oder den USA begangenen Fehler vermeiden und Hunderte von Leben retten. Die "Venezuela-Methode" hat sich als eine der effektivsten der Welt erwiesen. Die WHO erkannte an, dass die Zahl der Infizierten in Venezuela in Lateinamerika niedriger ist als in Brasilien, Chile, Ecuador, (...).

Der Alptraum, den wir durchleben, hat unsere Gesellschaften bereits verändert. (...) Millionen Menschen haben ihre Bewegungsfreiheit aufgegeben. Das demokratische Leben ist völlig aus den Fugen geraten. (...) Die Hälfte der Menschheit trägt heute eine Schutzmaske, während die andere Hälfte auch eine tragen möchte – aber keine bekommen kann.

Wie wird die Welt aussehen, wenn die Pandemie vorüber ist?

Die Welt wird kompetente Stimmen mit Charisma und Symbolkraft brauchen, die den guten kollektiven Weg zu einer neuen Etappe aufzeigen, so wie es nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Die UNO muss sich reformieren und als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates neuen Nationen wie Indien, Nigeria, Ägypten, Brasilien und Mexiko aufnehmen, die repräsentativer für die Realität der heutigen Welt sind.

Das Versagen der Führung der USA eröffnet ein gefährliches Machtvakuum. Das Spiel um den Thron wird auf gefährliche Weise wieder aufgenommen. Die Europäische Union kommt, wie wir gesehen haben, auch wegen ihres enttäuschenden Mangels an Zusammenhalt während der Pandemie schlecht weg. China und Russland hingegen haben ihre internationale Rolle gefestigt, indem sie vielen Ländern, die vom Zusammenbruch ihrer Gesundheitssysteme überwältigt wurden, Hilfe geleistet haben. Sie haben sogar den USA geholfen! (...) *"Wir sind Wellen desselben Meeres, Blätter desselben Baumes, Blumen desselben Gartens"*, so die schönen Worte auf Containern, die China einem Großteil der Welt angeboten hat. Pekings internationaler Einfluss ist gewachsen.

(...) Ein großer Teil der Menschheit kann nicht länger in einer Welt leben, die so ungerecht, so ungleich und so zerstörerisch für die Umwelt ist. Wie eines der am weitesten verbreiteten Memes während der Quarantäne besagt: *"Wir wollen nicht zur Normalität zurück, denn die Normalität ist das Problem."* Die "Normalität" hat uns die Pandemie gebracht...

Diese traumatische Erfahrung muss genutzt werden, um den Sozialvertrag neu zu formulieren und zu mehr gemeinschaftlicher Solidarität und größerer sozialer Integration zu gelangen. Überall auf der Welt fordern jetzt viele Stimmen wirtschaftliche und politische Institutionen, die mehr Umverteilung praktizieren und feministischer sind, und sie verlangen eine größere Sorge um die sozial Ausgegrenzten, die diskriminierten Minderheiten, die Armen und die älteren Menschen. Jede Antwort in Zeiten nach der Pandemie sollte, wie Edgar Morin vorschlägt, *"auf den Prinzipien einer wirklich regenerativen Wirtschaft beruhen, die auf Schutz und Instandsetzung beruht"*. (...)

Die Gesundheitssysteme müssen staatlich und allgemein zugänglich sein. Krankenhäuser wie Unternehmen zu leiten,

hat dazu geführt, Patienten als Waren zu behandeln. Das Ergebnis: eine menschliche und gesundheitliche Katastrophe. In jedem Fall besteht Einmütigkeit in der Forderung, dass der Impfstoff gegen Covid-19, wenn er denn entdeckt wird, als "globales öffentliches Gut" betrachtet werden und für die gesamte Menschheit frei und zugänglich sein muss. (...)

Es wäre klug, auch die nächste Klimakrise vorherzusehen, die uns bald genauso überraschen könnte wie SARS-CoV-2... Schluss mit dem rasenden Konsumismus und Schluss mit der Vorstellung vom unendlichen Wachstum. Unser Planet hält das nicht mehr durch. Er liegt im Sterben. Er stirbt uns in unseren Armen weg... Es ist dringend notwendig, den Übergang zu sauberer Energie zu beschleunigen und sich zu beeilen, das umzusetzen, was Umweltschützer seit langem fordern, einen "Green New Deal", ein ehrgeiziges Grünes Abkommen, das die neue globale wirtschaftliche Alternative zum Raubtierkapitalismus darstellt.

Aber unmittelbar muss vermieden werden, wie Naomi Klein warnt, dass die Verteidiger des Systems – ultraliberale Regierungen, Spekulationsfonds, transnationale Unternehmen, digitale Riesen – unter den Auswirkungen des "Schock-Kapitalismus" ihre Vorherrschaft festigen und die Krise manipulieren, um weitere Ungleichheiten, mehr Ausbeutung und mehr Ungerechtigkeiten zu schaffen... Wir müssen verhindern, dass die Pandemie dazu benutzt wird, eine Große Globale Regression zu etablieren, die die Räume der Demokratie verkleinert, unser Ökosystem noch mehr zerstört, die Menschenrechte beschneidet, den Süden erneut kolonisiert, den Rassismus verharmlost, die Migranten ausweist und die massenhafte Cyberüberwachung zur Normalität macht.

(...) Worüber werden die Menschen während ihrer beispiellosen "sozialen Isolation" nachgedacht haben? Wie viele Vorwürfe werden sie gegen einige Herrschenden angesammelt haben? Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir hier oder dort eine Art unbändigen Ansturm empörter Bürger – sehr empörter Bürger – gegen verschiedene Machtzentren erleben werden, die der schlechten Handhabung der Pandemie beschuldigt werden...

Einige Führer spüren bereits, wie die Wut des Volkes zunimmt... (...) Sie schlagen ein neues Modell vor, das definitiv gerechter, ökologischer, feministischer, demokratischer, sozialer und weniger ungleich ist... Sicherlich denken sie unter dem Druck der Situation durchaus darüber nach.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie, sobald die Geißel überwunden ist, solche Absichten beibehalten werden. Das wäre eine echte Revolution... Und ein Virus, egal wie beunruhigend, ist kein Ersatz für eine Revolution... Wir können nicht so naiv sein. Die sozialen Kämpfe bleiben weiterhin unumgänglich. Wie der britische Historiker Neal Ascherson sagt: "*Nach der Pandemie wird die neue Welt nicht wie durch Zauberei entstehen. Wir werden dafür kämpfen müssen.*" Denn wenn der Schock sich gelegt hat, werden die herrschenden Mächte, so sehr sie auch ins Wanken gekommen waren, alles daran setzen, die Kontrolle wiederzuerlangen. Sogar mit noch mehr Gewalt. Sie werden versuchen, uns zur alten "Normalität" zurückzubringen. Das heißt, in den Zustand permanenter Ungleichheiten.

Bedenken wir, was bei der "Kansas-Grippe" (fälschlicherweise die "Spanische Grippe" genannt) passiert ist, die sich zwischen Januar 1918 und Dezember 1920 auf der ganzen Welt ausgebreitet hat. Wir hatten es alle vergessen... Auch wenn etwa 500 Millionen Menschen infiziert waren – damals ein Drittel der Menschheit – und mehr als fünfzig Millionen Kranke starben... Und was geschah danach? Haben Europa und die USA die "gerechte Gesellschaft" aufgebaut? Die Antwort lautet: Nein. Die Versprechen verschwanden. (...) In den sogenannten Wilden Zwanzigern (*the roaring twenties*) stürzten sich die Menschen lieber mit ungezügelm Appetit ins Leben. Es war die Ära des Jazz, des Tango, des Charleston, des Siegeszugs von Hollywood und der Massenkultur. Eine künstliche und entfremdete Euphorie, die zehn Jahre später schließlich in den Börsenkrach von 1929 und die Große Depression münden sollte... Genau in diesem Moment kam in Italien eine neue Doktrin an die Macht. Sie sollte sehr erfolgreich werden. Ihr Name: Faschismus... Wird sich die Geschichte wiederholen?

Havanna, Kuba, 22. April 2020

Ignacio Ramonet veröffentlichte im Dezember 1997 als Chefredakteur der französischen Zeitung 'Le Monde Diplomatique' den Artikel „Die Märkte entwaffnen!“ (Text in der [Sondernummer](#), Seite 24)
Dieser Artikel erfuhr überaus große Resonanz und führte nur wenige Monate später zur Gründung der weltweit ersten Attac-Gruppe.

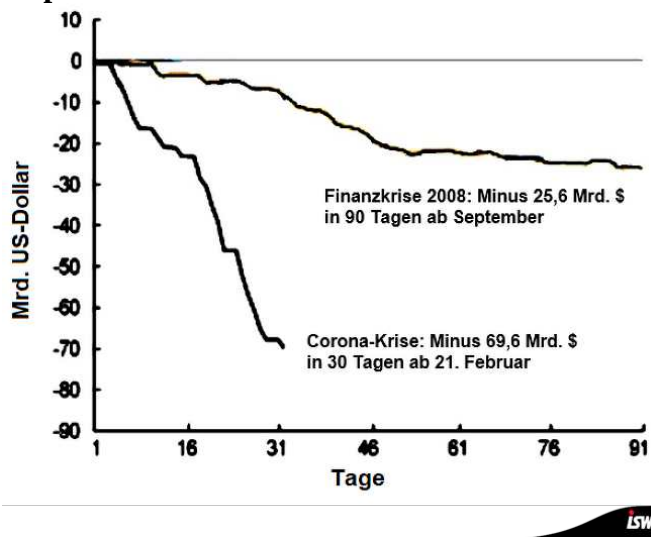
Einige frühere Artikel von Ignacio Ramonet in 'Sand im Getriebe':

- 2004 : Widerstand , in [SiG 36](#)
- 2005 : Zielscheibe Iran , in [SiG 41](#)
- 2005: Die Krise der Medien und die fünfte Macht, in [SiG 45](#)
- 2006: Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet: Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen in [SiG48](#)
- 2008: Die Beherrschung der Welt durch den Westen geht zu Ende in [SiG 64](#)
- 2012: Jean-Luc Mélenchon und Ignacio Ramonet: Warum Chávez? In [SiG 98](#)
- 2013: Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet: Vier Bausteine für eine wirklich multipolare Welt in [SiG100](#)
- 2017: Der Fidel, den ich kannte, in [SiG 123](#)

ISW Sozial-ökologische Wirtschaftsforschung

Auf der Passivseite des Corona-Weltwirtschaftskampfes: Die armen Länder

1. Fluchtbewegungen des internationalen Kapitals aus 15 Schwellenländern:



2. Der **Einbruch der Währungskurse** erklärt sich zum einen aus der dargestellten Fluchtbewegung, zum anderen aus dem Einbruch der Rohstoffpreise, dieser wiederum aus dem drastischen Nachfrageverfall aufgrund der anrollenden Weltwirtschaftskrise. Konkret bedeutet das

- Energieträger: Preisänderung minus 55 % seit Jahresbeginn bis 25. März;
- Industriemetalle: minus 18 % (v.a. Kupfer, Zink);
- Agrarrohstoffe: minus 7 % (v.a. Baumwolle, Sojabohnen, Zucker);

Insgesamt: minus 37 %.

Komplettiert wird das durch den **weitgehenden Wegfall von Einnahmen von ausländischen Touristen aus dem internationalen Tourismus**. Wenn man diese Einnahmen ins Verhältnis setzt zu den jeweiligen Importausgaben, dann decken diese Tourismuseinnahmen normalerweise etwa 15 % des Importbedarfs in Ländern niedriger und etwa 6 % in Ländern mittlerer Einkommen.

2020 werden für die Entwicklungsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen eigentlich **mehr als 400 Mrd. \$ Staatsschulden zur Rückzahlung fällig**. Die notwendige Umschuldung wird unter diesen Umständen nicht einfach werden.

Und auch überhaupt nicht einfach wird es, den für die Coronakrise nötigen **Bedarf an Schutzausrüstung, Medikamenten und Beatmungsgeräten** zu decken. Die Erzeuger dieser Güter sind meistens hoch konzentriert und fast immer in den reichen Ländern, incl. China, zu finden. Die armen Länder sind also häufig höchst importabhängig.

Für die Weltbank stellte die Universität St. Gallen in einer Untersuchung fest, dass bis zum 21. März 54 Regierungen zusammen 46 **zusätzliche** Exportbeschränkungen für Güter der medizinischen Ausrüstung erlassen haben, davon 33 in den drei Wochen seit 1. März. (...) Allein durch diese Restriktionen stiegen die Weltmarktpreise z.B. von medizinischen Masken um 40 %, mittlerweile sicherlich noch mehr. (...) Eine Konkurrenzwirtschaft, in der die Konkurrenten mit aller Kraft gegen Schwächere konkurrieren sollen, müssen, dürfen, wollen – eine solche Wirtschaftsordnung verstärkt mit aller Kraft den krassen Egoismus und zerstört mit ebenso aller Kraft ein mitmenschliches Verhalten.

Die Unctad schlägt folgendes vor:

1. Die Zusage des IWF, seine **Darlehenskapazität von 1 Billion \$** zu nutzen, um Liquiditätsengpässe in der Weltwirtschaft zu überbrücken, wird nicht reichen. Er soll den Entwicklungsländern einen um 1 Billion \$ erweiterten Kreditrahmen auf seine Sonderziehungsrechte SZR geben.
2. Der IWF soll **Kapitalverkehrskontrollen** nicht mehr negativ bewerten, sondern uneingeschränkt als legitim unterstützen, damit Kapitalabflüsse, die Gefahr einer Illiquidität und Währungsschwankungen besser kontrolliert werden können.
3. Ein zeitweiliges **Moratorium (Aussetzen) bei der Schuldenbedienung**, um dem Schuldnerland Gelegenheit zur Umschuldung oder Restrukturierung zu geben. Notfalls durch Erklärung des Schuldnerlandes, besser durch eine Schuldner-Gläubiger-Vereinbarung. Am 25. März forderten die Weltbank und der IWF gemeinsam die Staaten der G20 auf, die Schuldenzahlungen der 76 ärmsten Länder auszusetzen.
4. Das kann nur ein erster vorsichtiger Schritt sein. Ohne Schuldenreduzierung und **Schuldenerlass für die ärmsten Länder** werden künftige Schuldentilgungszahlungen kaum mehr möglich sein.
5. **Erhöhung der Entwicklungshilfe** auf die 0,7 % des BIP, worauf sich alle reichen Geberländer (in der Organisation DAC) schon in den 1970er Jahren verpflichtet, aber sich seither nie darangehalten haben (auch Deutschland gibt traditionell nur rund die Hälfte). (...)

Hinzuzufügen ist noch der Verweis auf die rasende Hochrüstung: Bereits dieses Jahr könnte die Summe von 2000 Mrd. \$ erreicht werden, die – nicht als rückzahlbare Kredite oder Bürgschaften – sondern ganz direkt als Nachfrage nach Waffen, Kriegspersonal und Kriegsdurchführung verwendet wird.

ISW

Faktencheck: Corona - Die Solidarität in Zeiten der Pandemie – Zeitung

Zeitungsformat mit acht Seiten - <http://www.info-faktencheck.de/wordpress/>

Einzelne Artikel: <http://www.info-faktencheck.de/wordpress/category/faktencheckcorona-1/>
Selbstverständnis - Gemeinsame Plattform des UnterstützerInnenkreises: <https://winfriedwolf.de/?p=914>

global dialogue for systemic change

<https://globaldialogue.online/>

Unterstützt u.a. von: ATTAC France, CADTM International, Coletivo 660 / Brazil, Europe solidaire sans frontières (ESSF), Focus on the Global South / Asia, Forum Tunisien pour les Droits Economiques et Sociaux (FTDES), Global Justice Now / UK, The Great Transition Collective / Québec, Transform Europe, Transnational Institute TNI

" We are living in an unprecedented global crisis that requires a deep reflection, rethinking and dialogue among activists, organizations and social movements around the world. Critical strategies are essential, to deal with the current crises and to shape what comes next.

More than ever we need to share analysis, experiences, ideas and alternatives, in the face of growing health, social, economic, political and environmental crises.

Many networks, organizations, and social movements are engaged in national, regional, continental and worldwide discussions on the challenges in front of us.

The aim of the Global Dialogue for Systemic Change is to support this process, creating stronger links among

activist groups and social movements, and bringing in a wider range of activists and organisations from Africa, Asia, South and North America and Europe. It is not our ambition to replace or attempt to centralize the multiple valuable initiatives already underway. (...) Over the next few months we will organise webinars in different languages addressing the key issues in our struggle for systemic change.(...)"

Past webinars <https://globaldialogue.online/webinars/>
Hot & Cold Wars: Militarism and the Pandemic
Post-pandemic: environment, we have to change everything
Rightwing government threat to democracy in Brazil, India & USA
What world after the pandemic ?

1. The Left Better Arm Itself with a Strategy for Deglobalization: [Interview](#) with Walden Bello
2. Progressive International Launches 'To Form Common Front' in Global Struggle for Justice and a Better World – <https://progressive.international/about/de>

Schuldenkrise

Global Justice Now (Großbritannien) - The case for a global financial reset in the wake of Covid-19 - [Text](#)

"(...) For many countries in the global south, the weakness of the public sector was not a democratic choice but was imposed by rich countries and international institutions like the IMF. This has created a permanent crisis in some parts of the world where, for instance, Burkina Faso has just 11 ventilators for 19 million citizens, Mozambique has no intensive care unit capacity, and Sierra Leone has 1 doctor per 50,000 of its people.

In order to make up for the 'lack' of public money, these countries have been told they need to attract private investment to pay for services like healthcare. And they've been told to give up any attempt at control over their economy, and 'leave it to the market'. (...)

We are calling for:

- Immediate, unconditional debt cancellation to free up government spending in these countries. We are calling for at least \$40 billion in 2020, but suggest much more will be needed as the crisis pans out.
- An unprecedented package of support to build up public healthcare services and welfare provision globally.
- A coronavirus wealth tax to pay for these services short-term and tax justice to allow countries to pay for them in the long-term
- A global reset: fundamental reform to the global economy including sweeping new financial regulation, a radical reset in global trade rules, and government cooperation and intervention to fight climate change throughout the global economy. (...)

Tomasz Koniecz: Die Grenzen des Staates

- Argentinien vor neuntem Staatsbankrott

- Libanon im freien Fall: "Nachdem die Regierung Ende April verkündet hatte, die Wirtschaft des Landes befinde sich im "freien Fall", sollten Notkredite des IWF im Umfang von zehn Milliarden US-Dollar die rund 5,4 Millionen Einwohner umfassende Volkswirtschaft über Wasser halten. Der Deal mit dem IWF kam aber letztendlich nicht zustande, da Beirut nicht in der Lage war, die neoliberalen, knallharten "Reformauflagen" des Währungsfonds zu erfüllen.

(...)Nichtregierungsorganisationen warnen, dass Millionen Einwohner Libanons aufgrund der eskalierenden [kapitalistischen Systemkrise](#) bald Hunger leiden werden."

"Die Ukraine hängt [schon seit Jahren](#) am Tropf des IWF, der immer neue Zugeständnisse oder neoliberale Reformen im Gegenzug für weitere Kredite fordert. So wurde auf Druck des Währungsfonds etwa der Aufkauf von [Agrarflächen](#) durch ausländische Investoren erleichtert, die es auf die fruchtbaren Schwarzerdeböden des verarmten Landes abgesehen haben."

"Inzwischen ist die Weltkrise des Kapitals so weit vorangeschritten ist, dass nur noch wenige Zentren des Weltsystems durch absurde Gelddruckerei eine funktionierende kapitalistische Volkswirtschaft simulieren können - bis ein Zusammenbruch der in absurde Dimensionen aufgeblähten Schuldenberge auf den Weltfinanzmärkte auch diese Illusionen vom unendlichen Geldmengenwachstum zerstören wird." [telepolis](#)

Ernährungskrise

Oxfam, Marita Wiggerthale:

Sie werden ihr Leben für Lebensmittel riskieren

Die Corona-Pandemie bedroht besonders Menschen, die bereits jetzt am Existenzminimum leben: Rund eine halbe Milliarde Menschen könnten in Armut stürzen. Die Zahl der akut Hungernden könnte sich bis Ende des Jahres verdoppeln. Und die Zahl der Menschen, die von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung bedroht sind, könnte in Westafrika allein zwischen Juni und August von 17 Millionen auf 50 Millionen Menschen steigen. - IFPRI analysiert, dass alle Voraussetzungen für eine **globale Ernährungskrise** gegeben sind und spricht bereits von einer [Ernährungskrise](#).

In Nigerias größter Stadt **Lagos** kämpfen Menschen erbittert um Lebensmittellieferungen, weil sie kein Essen zuhause haben. Einige [gehen leer aus](#). Lokale Märkte wurden vielfach geschlossen ohne Alternativen sicherzustellen. Lebensmittel können dort weder gekauft noch verkauft werden. Dabei sind informelle Lebensmittelmärkte zentral für die Lebensmittelversorgung und für die Einkommen von informellen Händler*innen und kleinbäuerlichen Produzent*innen. Straßenverbindungen zu wichtigen Märkten wurden gekappt. Händler*innen kommen gar nicht oder weniger ins Dorf. Bäuerliche Produzent*innen bleiben auf ihren Lebensmitteln sitzen. Besonders dramatisch ist die Situation bei verderblichem Gemüse. Das „Center for Sustainable Agriculture“ in Indien berichtet, dass die Einnahmen der Gemüseproduzent*innen im Vergleich zu 2019 [um die Hälfte](#) eingebrochen sind. Auch im Senegal und in Mali können Bauern und Bäuerinnen ihr Gemüse nicht verkaufen. Das Welternährungsprogramm warnt vor einer [Hunger-Pandemie](#). Mehr: [Blog](#)

Walden Bello:

Why the Covid 19 Crisis Tells Us that Food Sovereignty is an Idea Whose Time has Come –

24. April 2020 – [Text](#) (Wird für SiG137 übersetzt)

"(...) Probably the most important measure that we propose is to move food production away from the fragile corporate-controlled globalized food supply chain based on narrow considerations such as the reduction of unit cost to more sustainable smallholder-based localized systems. While, in the short term, global supply chains must be kept running to ensure people do not starve, the strategic goal must be to replace them, and some measures can already be taken even as the pandemic is at its height. The local supply system can be reactivated, and farmers and fishers would only be eager to do this, provided of course that they have access to personal protective equipment (...)

However, the rationale goes beyond just ensuring food self-sufficiency to fostering values and practices that enhance community, social solidarity, and democracy."

Evolutionsbiologe Rob Wallace

über die Gefahren von Covid-19, die Verantwortung der Agrarindustrie und nachhaltige Lösungen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten

Um das Ausbrechen neuer Virusinfektionen einzuschränken, muss die Nahrungsmittelproduktion radikal verändert werden. Die Unabhängigkeit der Landwirte und ein starker öffentlicher Sektor können den umweltbedingten [Sperklinkeneffekt](#) und unkontrollierte Infektionen eindämmen. Dazu gehört auch die Förderung der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen und einer strategischen Wiederaufforstung, sowohl auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe, als auch regional. (...) Es geht darum, eine gerechte Produktion mit einem gerechten Warenkreislauf zu verbinden. Dazu gehört auch die Subventionierung der ökologischen Landwirtschaft und der Verkaufspreise sowie Programme für Verbraucher. (...) Der große Rahmen ist: Wir müssen den metabolischen Riss heilen, der unsere Ökologie von unserer Wirtschaft trennt. Kurz gesagt: Wir haben eine Welt zu gewinnen. Aus: [Marx21](#) (weitere Artikel in Marx21: u.a. : Corona Fried Chicken Die industrielle Landwirtschaft und die Brutstätten der Killerviren / Coronavirus und Kapitalismus Städte und Agrarflächen dehnen sich immer mehr aus. Damit wächst das Risiko, dass Viren von Tieren auf Menschen übertragen werden)

Friends of the Earth – TNI – La Via Campesina – PSI – FIAN – Focus on the Global South u. a.:
COVID-19 measures must ensure Human Rights and build the resilient, sustainable food system we desperately need - [Letter](#) to G20 ministers

International Union of Food, Agricultural, Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and Allied Workers' Associations (IUF)

May Day is our day, even under lockdown

- [Editorial](#) "Like the miners who, over the course of the last century, struck for soap along with better wages and improved mine safety, in the current crisis workers in hugely profitable meat and poultry companies have had to strike for elementary health and safety protection.

Restaurant, food service and hospitality workers still working are fighting the same battle, as employers resist basic measures to mitigate the spread of the virus and save lives.

IUF affiliates are struggling to secure soap, along with clean water, safe transport and housing and decent wages for agricultural workers.(...)

The status quo is not only untenable, declared Australia's [United Workers Union](#) : 'Moments of rupture create space and impetus for change.' Social progress has never emerged spontaneously from collapse; we will have to organize that space.(...)"

Gefährliche aber profitable Pestizide

"Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF"

Studie von Inkota, Misereor u.a.: [hier](#)

Carbendazim, Chlorfenapyr und Saflufenacil. Dies sind nur drei der hochgiftigen Pestizide, die Bayer und BASF - zwei der drei größten Pestizidhersteller weltweit - exportieren. Einige der verkauften **Pestizide enthalten dabei Wirkstoffe, die so gefährlich für Mensch und Umwelt sind, dass sie in Europa explizit verboten sind.** Wir fordern das Bundeslandwirtschaftsministerium dazu auf, seine rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und **den Export von in der EU nicht genehmigten Pestizidwirkstoffen zu verbieten.**

Profitable Pestizide

Mit kräftigen Profiten hat der Leverkusener Bayer-Konzern trotz der Coronakrise das erste Quartal 2020 absolviert. Das Unternehmen konnte seinen Gewinn in den ersten drei Monaten des Jahres um 20 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro steigern. Möglich war das dank Hamsterkäufen von Bayer-Medikamenten und -Saatgut. **Der Konzern verdiente zudem erneut hohe Summen mit dem Verkauf von Pestiziden, darunter solche, die in der EU verboten sind,** aber in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas satte Profite erzielen. Pro Jahr sterben zwischen 20.000 und 40.000 Menschen durch Pestizidvergiftung am Arbeitsplatz. Beste Bedingungen findet Bayer in Brasilien unter dem extrem rechten Präsidenten Bolsonaro. Der Konzern ist zudem bemüht, Schadensersatzklagen von Glyphosat-Opfern in den USA definitiv abzuwehren: Die Opfer müssten einse-

hen, heißt es, dass der Konzern wegen der Coronakrise kaum zahlungsfähig sei. [German Foreign Policy](#)

Petition : Don't let industrial farming and corporate lobbies use the COVID-19 crisis to defend continued pesticide use – [Corporate Europe Observatory](#)

Geplantes EU-Mercosur-Handelsabkommen verstärkt Gefahren für die Artenvielfalt

(...) Eine Messerspitze Fipronil: So eine geringe Menge von dem Pestizid würde rein rechnerisch ausreichen, um 84.000.000 Bienen zu töten. Richtig gelesen: 84 Millionen. Schon diese theoretische Überlegung zeigt, wie hochgefährlich der Stoff ist. Doch die wahrhaft dramatische Zahl kommt erst noch: **Im Jahr 2018 setzten Firmen wie BASF in Brasilien 1.689.708 Kilogramm von dem Wirkstoff ab.**

Dass Fipronil gefährlich für Bienen ist, erkennt die Europäische Union an. Deshalb widerrief sie die Zulassung mit Wirkung zum Jahr 2017. Doch wer denkt, dass das Gift damit insgesamt vom Markt verschwindet, hat sich getäuscht. **Was für EU-Länder zu gefährlich ist, kommt anderswo durchaus noch zum Einsatz:** Denn EU-Länder wie Deutschland erlauben hier ansässigen Unternehmen wie Bayer und BASF, solche Gifte weiterhin zu exportieren und zum Beispiel in Ländern Südamerikas wie Brasilien zu vertreiben. [Greenpeace](#), 22. Mai 2020

Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG) Pharmakonzerne ruinieren Gesundheitssystem und Medikamentenforschung

(...) Die verheerende Wirkung, die das Coronavirus auf die Gesellschaft hat, wäre nicht denkbar ohne die jahrelangen Privatisierungs-Attacken auf das Gesundheitssystem.

In dem Statement zeigt die Coordination die weitreichenden **Folgen von Privatisierung und „Deregulierung“** von staatlichem Gesundheitssystem und medizinischer Forschung detailliert am Beispiel des BAYER-Konzerns auf. So machte sich BAYER dafür stark, mehr Leistungen aus dem Erstattungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung auszuklammern. Die Versicherten sollten die Kosten selbst tragen.

Auch kritisiert die Coordination das **starke Zusammensetzen der pharmazeutischen Forschung** beim Leverkusener Pharma-Giganten. Dass dem Konzern im Zweifel Profite vor Bedürfnissen von Kranken gehen, illustriert eine Aussage des ehemaligen BAYER-Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers: „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“.

Neben der Entwicklung wurde auch die **Herstellung von Pharmazeutika** auf ihre Profitträchtigkeit zugeschnitten. Dies bedeutet Fertigung in Billiglohnländern und krisenanfällige Lieferketten.

CBG-Vorstand Axel Köhler-Schnura: „Man sollte nicht vergessen, dass die Konzerne bewusst ihre Produktion in Billiglohnländer verlegt haben, um das Maximum an Profit herauszuschlagen. Dort sparen sie die Kosten, die eine faire und angemessene Entlohnung ihrer Arbeitskräfte mit sich bringen würde. Die Verzögerungen und Ausfälle in der Lieferkette sind also kalkulierte Inkaufnahmen von nicht mehr stattfindender Versorgung mit potentiell lebenswichtigen Medikamenten.“

CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann stellt fest: „Es ist unfassbar, dass lebenswichtige Dinge wie die Produktion von Medikamenten in den Händen von Konzernen sind, die nur auf ihre Profit-Maximierung schauen. Dringend notwendige Impfstoff-Forschung- und Produktion, ebenso wie die Herstellung von Medikamenten müssen sofort unter gesellschaftliche Aufsicht gestellt werden.“

<http://www.cbqnetwork.de/7590.html>

Proteste anlässlich der „virtuellen“ BAYER-Aktionärsversammlung am 28. April: <http://www.cbqnetwork.de/7604.html>

Solidarität verbreiten, nicht das Virus. Finanzmärkte und Austeritätspolitik bändigen!

Aufruf von über 100 Organisationen europaweit

Das Europäische Netzwerk gegen Kommerzialisierung und Privatisierung von Gesundheit und sozialer Sicherheit und die People's Health Movement begrüßten anlässlich des Aktionstages gegen die Kommerzialisierung der Gesundheit am 7. April 2020 den Zusammenschluss von 160 Organisationen aus ganz Europa unter dem Motto „Solidarität verbreiten, nicht das Virus“.

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie haben die dezentralisierten Aktionen vom 7. April 2020 auch gezeigt, dass Gesundheitsfachkräfte, Patienten, Aktivisten und viele andere der gleichen Meinung sind:

1. **Sofortige Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen**, um die Pandemie zu bekämpfen und die Gesundheit der Menschen in Zukunft zu schützen: Die Rekrutierung und Ausbildung von Gesundheitspersonal, die umgehende Beschaffung und Lagerhaltung von Materialvorräten sind notwendig, um Krisensituationen zu bewältigen.
2. **Die Austeritätspolitik und die zunehmende Kommerzialisierung**, die zum systematischen Abbau der öffentlichen Gesundheitssysteme in Europa und zum Mangel an qualifiziertem Personal in Krankenhäusern, Altenheimen und im sozialen Bereich geführt haben, **sollten ein für alle Mal aufgegeben werden**.
3. **Medikamente und Schutzausrüstungen müssen im Interesse der öffentlichen Gesundheit entwickelt und hergestellt werden**, nicht um die Profite der Industrie zu fördern. Wirksame und sichere Medikamente, Schutzausrüstungen und Impfstoffe zur Vorbeugung und Behandlung von COVID-19 müssen den Menschen unabhängig von ihrem Wohnort kostenlos zur Verfügung stehen, ohne Zuzahlung, und die nationalen Gesundheitssysteme faire Preise dafür zahlen.

Wenn die Pandemie vorbei ist, wird der Kampf um „Gesundheit für alle“ weitergehen. Die Vorstellung von „Gesundheit für alle“ beinhaltet nicht nur die Vision einer umfassenden Gesundheitsversorgung, die für alle Menschen gleichermaßen zugänglich ist, sondern auch die Vorstellung von einer Welt, die auf Harmonie, Gerechtigkeit und Solidarität fußt. Aus diesem Grund lehnen wir das derzeitige Wirtschaftsmodell der EU ab, das auf Austerität und nicht auf Solidarität beruht.

Wir fordern eine **radikale Neuausrichtung der Verwendung öffentlicher Mittel** unter Beachtung der Grundrechte der Bevölkerung, wie zum Beispiel Erwerbstätigkeit, angemessene Löhne und Wohnungen, Bildung, Energie, Nahrung und Wasser.

Um dies zu erreichen, sollten wir **die Finanzmärkte eindämmen**. Wir müssen von einer brutalen Finanzpolitik, wie wir sie in der vorangegangenen Krise erlebt haben, wegkommen. **Die 750 Milliarden Euro der Europäischen Zentralbank (EZB)** sollten nicht zur Fütterung der Finanzmärkte verwendet werden, sondern zur Finanzierung der sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen; sie

sollten auf den Schutz und die Förderung des physischen, psychischen und sozialen Wohlergehens aller ausgerichtet sein. Steuerhinterziehung muss bekämpft und hart bestraft werden.

Anstelle von Systemen, die der Marktlogik und dem unkontrollierten Wettbewerb verpflichtet sind, müssen wir den Übergang **zu einer sozial und ökologisch gerechten und verantwortungsvollen Welt** vorantreiben. Die Erfordernisse und die Organisation der Versorgungssysteme sollten unter der direkten **demokratischen Kontrolle von Bürgerkomitees** stehen und auf allen Ebenen der Gesellschaft koordiniert werden.

Deshalb fordern wir die europäischen Staaten nachdrücklich auf, eine nachhaltigere Strategie zur Aushandlung der **Preise von Medikamenten, medizinischen Geräten und Impfstoffen** zu verfolgen.

Wenn die Pharmaindustrie darauf besteht, unangemessen hohe Preise festzulegen, müssen die Patentrechte aufgehoben werden.

Ebenso müssen die Produktion von Medikamenten und medizinischen Geräten und die Lagerbestände unter der Kontrolle der staatlichen Behörden stehen; im Falle einer Unterbrechung der Herstellung oder Lieferung müssen die Patente widerrufen werden.

Darüber hinaus fordern wir die Bereitstellung der notwendigen Mittel für eine öffentliche und unabhängige pharmakologische Forschung. Es ist wichtig, in naher Zukunft eine Strategie dafür zu entwickeln, zu einem koordinierten und vergesellschafteten öffentlichen europäischen Raum der Erforschung und Produktion neuer Medikamente zu gelangen.

Schließlich müssen wir die **Mobilisierung von Arbeitskräften im Gesundheitswesen und anderen wichtigen Bereichen** unterstützen, die in den letzten Monaten unermüdlich daran gearbeitet haben, bei einem unzureichenden persönlichen Schutz und sehr oft unmenschlichen Arbeitszeiten unsere Gesundheit und unser Leben zu schützen, und wir müssen ihren Erfolg sicherstellen.

Aus diesem Grund rufen das Europäische Netzwerk, die People's Health Movement und alle unterzeichnenden Organisationen zu **einheitlichen Anstrengungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene auf, um „den Tag danach“ zu planen, der mit den neoliberalen Rezepten der Vergangenheit bricht**.

Wir schlagen allen sozialen Bewegungen vor, **ein Datum im September 2020 festzulegen für eine erste internationale Initiative** zur Erhebung unserer Forderungen.

Kämpfen wir gemeinsam für ein starkes, universelles, öffentlich finanziertes Gesundheitswesen, das in der Lage ist, mit Gesundheitsnotständen heute und morgen fertig zu werden

*Auf Initiative von: European Network against the Privatization and Commercialization of Health and Social Protection <http://europe-health-network.net/> und People's Health Movement <https://phmovement.org>
<http://europe-health-network.net/spip.php?article292>*

Prinzipien für Innovation, Kooperation und globalen Zugang zur medizinischen Versorgung und Forschung

250 internationalen Organisationen und UnterstützerInnen

fordern eine internationale Kooperation zur Förderung medizinischer Entwicklung sowie eine umfassende und gerechte weltweite Gesundheitsversorgung. Die gegenwärtige Krise ist ein globaler Weckruf, endlich das unfaire, intransparente und wenig effektive Forschungssystem zu verändern.

Es folgt der [Wortlaut des Aufrufs in Deutsch](#). Originaltext der Stellungnahme und alle unterstützenden Organisationen hier: <https://www.citizen.org/article/covid-19-principles-for-global-access-innovation-and-cooperation/>

COVID-19 kennt keine Nationalität: Wenn sich die Pandemie in einem Land ungebremst ausbreitet, wird sich die Ausbreitung auch jenseits seiner Grenzen beschleunigen, und damit weltweit die Chance einer Eindämmung verschlechtern.

Nationale Antworten auf Covid-19 sind ineffektiv. Die Staaten müssen dringend bei der Produktion von notwendigen medizinischen Maßnahmen, von Masken und Beatmungsgeräten und Test, bei der Entwicklung von Medikamenten und Impfungen zusammenarbeiten und dafür sorgen, dass jede/r die Behandlung bekommt, die sie oder er benötigt. Dabei darf man sich nicht nur auf Covid-19 beschränken, auch andere Erkrankungen müssen weiter behandelt werden. Das wird umso dringlicher je länger die Pandemie andauert.

Es besteht die große Gefahr, dass der Zugang zu medizinischen Innovationen im Kampf gegen COVID-19 durch Faktoren wie nationale Interessen, Preisgestaltung, eingeschränkte Produktion, fragmentierte Lieferketten und Geschäftsgeheimnisse erschwert wird. Das müssen wir verhindern. Konzerne und staatliche Institutionen müssen Technologien teilen, statt Eigeninteressen zu verfolgen und dafür sorgen, dass alle Menschen weltweit einen Zugang zu Gesundheitsversorgung bekommen.

Wir sind besorgt, dass mächtige Staaten ihre Pharmakonzerne bevorzugen werden und Produkte horten werden, statt globale Zusammenarbeit zu praktizieren. Wir sind besorgt, dass die Privilegierten als erste Tests, Impfungen und Behandlung erhalten und nicht diejenigen, die es am meisten benötigen. Wir rufen zu Solidarität mit denjenigen Personen auf, die durch Faktoren wie Gesundheitsstatus, Alter, Geschlecht und Herkunft unverhältnismäßig stark von der COVID-19-Pandemie betroffen sind.

Die BUKO Pharma-Kampagne fordert gemeinsam mit über 250 internationalen Organisationen die Regierungen, Behörden, Hersteller, Spender*innen und Entwicklungspartner dazu auf, sich folgenden Prinzipien zu verpflichten:

Innovation für alle

Die auf Monopolen basierende Arzneimittelentwicklung versagt weltweit. Regierungen sollten Open Science-Prinzipien und -Praktiken für COVID-19-bezogene Forschung fördern, um Innovation und einen zeitnahen Zugang für alle zu ermöglichen. Technologieinhaber*innen sollten Patente, Geschäftsgeheimnisse, Fachwissen, Zelllinien, Software, Daten, Urheberrechte und jedes rele-

vante geistige Eigentum lizenzfrei zur freien Verfügung stellen. Zugang und Bezahlbarkeit sollten integrale Voraussetzungen für die gesamte Forschung und Entwicklung sowie den Herstellungsprozess sein.

Zugang für alle

Medizinische Ausstattung, die dringend für die Diagnostik, Behandlung und Prävention von COVID-19 benötigt wird, sollte für alle unverzüglich zugänglich und verfügbar sein; mit der notwendigen Priorisierung von Menschen, die in der PatientInnenversorgung tätig sind und von besonders gefährdeten Personengruppen. Regierungen müssen sicherstellen, dass Diagnostik, Behandlungen, medizinische Geräte, Impfstoffe und Schutzkleidung zu fairen und bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Unternehmen müssen ihre exklusiven Nutzungsrechte aussetzen.

Solidarität und globale Zusammenarbeit

Regierungen, TechnologieeigentümerInnen und Forschende sollten sich mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) koordinieren. Um Innovationen zu beschleunigen, kurzfristig die Produktion ausbauen zu können und Engpässe sowie Lieferkettenprobleme zu verhindern, sollten öffentliche Plattformen zum Austausch von Forschungsergebnissen, Daten, Fachwissen und geistigem Eigentum eingerichtet werden. Medizinische Ausstattung muss in ausreichenden Mengen hergestellt werden und unverzüglich über Grenzen hinweg verteilt werden.

Verantwortung und Transparenz

Regierungen und internationale Organisationen sollten Transparenz und eine sinnvolle Beteiligung der Zivilgesellschaft in kritischen Entscheidungsprozessen fördern. Geldgeber und Technologieentwickler sollten sicherstellen, dass Forschungs-, Entwicklungs- und Herstellungskosten sowie Ausgaben, die durch Preisgestaltung, Regulierungsstatus und Patentansprüche entstehen, transparent veröffentlicht werden.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Medizinisches Wissen ist ein öffentliches Gut. Niemand sollte vergessen werden!

(Wir danken dem Gen-ethischen Netzwerk für die Übersetzung des Aufrufs)

BUKO Pharma-Kampagne www.bukopharma.de

Campaigners call for concrete commitments on access to COVID-19 vaccines and treatments at global fundraising summit - [Global Justice UK](#)

Kurznachrichten aus allen Kontinenten

Global Justice Now (UK): Southern perspectives on the coronavirus pandemic

- [Mehrere Interviews](#)

- **Lee Dae-hoon** (People's Solidarity for Participatory Democracy, Peace MOMO) über die Situation in **Südkorea**
- **Ivonne Yanez** (Ecuadoran organisation Accion Ecologica; Oilwatch), which is calling the government to "keep the oil in the soil" for many years and Larry Lohman (UK organisation CornerHouse) über **Ecuador**.
- **Vishwas Satgar from South Africa**. Vish has been an activist for over three decades. He founded the Co-operative and Policy Alternative Center, a grassroots development organisation, which is working with social movements since 1999. COPAC co-organised the South African Food Sovereignty Campaign.

- **Bangladesh**: Instead of providing accurate and timely information about the virus, [the police are arresting](#) people, including students, activists and even doctors, and charging them for spreading rumours and misinformation about the impacts of Covid-19 on the population. The Information Ministry is now using a draconian [Digital Security Act](#) to monitor social media and various television outlets for "rumours" about Covid-19 cases. As a result, we have decided to withhold the names of the people who took part in these interviews, and their organisations, to protect them from possible arrest.

Lateinamerika

Viele Artikel und Übersetzungen über die politische und gesundheitliche Situation in Lateinamerika in Folge der Corona-Pandemie: <https://amerika21.de/tag/corona-pandemie>

Regierung in Argentinien verlängert Quarantäne und beschließt neue Hilfspakete - *Armut könnte auf über 45 Prozent anwachsen. Tausende Entlassungen in der Privatwirtschaft trotz Regierungsdekret* - [Amerika21](#)

BRASILIEN:

1. Offener Brief und Aufruf von Brasilianerinnen und Brasilianern, die im Ausland leben - Das Verhalten des Präsidenten deutet ziemlich klar darauf hin, dass er weiterhin die Absicht hat, nur die Interessen der großen Unternehmen zu vertreten - [Brief](#)

2. Bolsonaro vor dem Internationalen Gerichtshof angezeigt - Klägerin ist die Brasilianische Juristenvereini-

gung für die Demokratie [ABJD](#) (Associação Brasileira de Juristas pela Democracia). Angesichts der neuen [Coronavirus-Pandemie](#) gefährde Bolsonaro das Leben der brasilianischen Bevölkerung, so die Vereinigung. [NPLA](#)

3. Corona in Brasilien außer Kontrolle: Afrobrasilianische und indigene Bevölkerungsgruppen besonders betroffen - [Caritas](#)

4. Water shortages and solidarity: How Brazil's favelas are dealing with COVID-19 - In the country's poorest areas, there is lack of information and basic necessities, however, there is also solidarity [Brasil de Fato](#)

5. Aktivistin Ramona Medina stirbt an Covid-19 Die Sprecherin der Ärmsten - Sie hatte immer wieder vor den Gefahren der Pandemie für die Armenviertel von Buenos Aires gewarnt. Nun ist sie selbst daran gestorben. 19.5.2020 [TAZ](#)

Palästina

B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories: Coronavirus under occupation: Israel continues arrests and raids in West Bank homes - [Berichte](#)

- *In light of COVID-19 crisis, UN officials [call for immediate release of all children in detention, including Palestinian children](#)*

- **tägliche Nachrichten:**
<http://www.palaestina-portal.eu/>

- [Norman Paech](#): *Die deutsche Israel-Politik als verfehlte Vergangenheitsbewältigung - Vortrag auf der Konferenz "Deutsche Israel-Politik auf dem Prüfstand - behindert deutsche Politik den 'Friedensprozess' in Palästina?"* v. 31. Januar - 1. Februar 2020

Asien

Focus on the Global South

Corona-Virus: [Berichte](#) aus Asien, u.a.:

1. COVID-19 exposes twin crises of Neoliberalism and Authoritarianism in Philippines

In the community assessment conducted by Focus on the Global South with the help of community organizers, three major issues emerged:

- Repressive implementation of lockdown policies
- Inadequacy or unavailability of relief goods, financial aid, and other forms of government support
- The persistence of state and corporate capture of land, water, and public spaces at the expense of people's safety and well-being

These conditions have restricted livelihoods, limited access to food and other necessities, worsened hunger, and led to grave violations of civil, political, economic, social, and cultural rights. The burden has been heaviest on women who, under a predominantly patriarchal society, are still expected to be the primary caregivers in the family. [Mehr](#)

2. Philippinen: Press Release: Workers are not Virus-Proof *Advocacy groups call for expanded massive testing before economic restart [Mehr](#)*

3. Women workers in Cambodia under the COVID pandemic

The impacts of the pandemic on the garment sector are different and more complex. This sector already expected to be hit because of the European Union's (EU) Everything But Arms (EBA) decision on restricting import-tax exempted garments to EU markets. Garment workers, more than 80 percent of who (from a total workforce of about 800,000) are women, will be

negatively affected by both, the EBA decision, as well as the severe impacts of the pandemic in the global north, since Cambodia's garment industry revenues depend very much on the markets of northern countries. For some garment workers, factory closures will lead to the loss of jobs and incomes. For some others who are working in factories operating at half capacity, they are dependent on their factory wages and subsidies from the government to make ends meet. But in both cases, women are experiencing difficulties in paying their room rents and repaying their debts to Micro-Finance Institutions (MFIs), commercial banks and the money lenders. For many other women workers who still have full employment, the uncertainties facing the garment sector because of the EBA decision and potential impacts of the pandemic have triggered anxiety and panic about their future job security and livelihoods. [mehr](#)

Bangladesh: Textilarbeiter*innen protestieren gegen die Zahlung von nur 60% des Lohns bei Kurzarbeit – [Bericht](#)

CADTM: Nepal needs Total Debt Cancellation to face the Covid-19 Crisis

In 2015, immediately after the devastation caused by the Gorkha earthquake on 25 April, the call for immediate cancellation of external debts was raised by various civil society organisations to get more support on the relief and reconstruction programmes, but sadly, nothing happened. Following the recent call from the [UNCTAD](#) to cancel \$ 1 trillion owed by the developing countries [9], the decision of [IMF](#) Executive Board to provide immediate debt relief to 25 IMF member countries, including Nepal, under Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT) [10] is not enough to fight the current pandemic and its grave impacts on the sustainability of the development. This much touted IMF grant will, actually, be needed to be reimbursed. [Mehr](#)

For the cancellation of debts and dropping of the “free trade” agreements

Call of peoples, organizations, movements and networks in North Africa and the Middle East/The Arab region – unter anderem vom Europäischen Attac-Netzwerk unterschrieben (wird übersetzt)

Debt services absorb every year the social budgets of our countries. Public health spending is significantly less than the minimum levels set by the World Health Organization. It is necessary to stop repaying public debts to provide the necessary financial [liquidity](#) in order to face the Corona epidemic and to confront the deepening social and economic crisis. Likewise, all forms of privatization of public services must be halted. Priority should be given to developing a public health sector and developing free and good health and medical care systems. The demand for cancellation of external debt has always been among the popular demands in our region since the debt crisis and the [structural adjustment](#) programmes that followed in the early eighties.

Frankreich: 25 Organisationen - darunter Attac, Gewerkschaften, Oxfam, Umwelt- und soziale Organisationen, Bauern, Juristen, Schüler*innen und Studierende ... rufen anlässlich des 1. Mai: „Nie wieder!“

Dienstag, 28. April 2020

Unsere Organisationen rufen zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Mobilisierungen auf, um dem 1. Mai 2020, dem Internationalen Tag der Arbeit, im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise ein besonderes Echo zu verleihen. Die Pandemie, die sich auf der ganzen Welt ausbreitet, offenbart auf tragische Weise die Deregulierungen des neoliberalen und produktivistischen Kapitalismus und die Funktionsstörungen der gegenwärtigen Regierungen weltweit.

Die Situation erfordert eine gemeinsame Antwort auf die ökologischen, sozialen und demokratischen Notstände.

Die Anforderungen an einem öffentlichen Gesundheitswesen werden am 1. Mai im Vordergrund stehen.

Unsere Organisationen rufen zur Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich und in allen Ländern auf, deren Tätigkeiten weitergehen, oft sogar ohne die notwendige Schutzausrüstung. Solidarität auch mit den "Unsichtbaren", die sich durch die Krise als unentbehrlich erwiesen haben, sowie mit den Prekären und denen „ohne Papiere“, deren Situation sich während der Krise dramatisch verschlechtert hat.

Für all dies fordern wir :

- **Vorrang für die Gesundheit**, jetzt und nach dem 11. Mai, dem angekündigten Datum für die Aufhebung der Ausgangssperren, auch wenn die sanitären Bedingungen nicht erfüllt sind;
- **Sofortmaßnahmen, um soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und die Rechte eines jeden in dieser Zeit zu wahren, einschließlich des Rechts auf qualitativ hochwertige Arbeit, Nahrung und Wohnung;**
- **Neugründung des Sozialschutzes für junge Menschen**, um ihn den allgemeinen Rechtsbestimmungen anzupassen. Junge Menschen können weder die Anpassungsvariable noch die danach Vergessenen sein;
- **Vorrang für den Kampf gegen den Klimawandel und den Schutz der biologischen Vielfalt im Konjunkturprogramm, der klimatischen Notlage entsprechend;**
- **Solidarität mit den Bevölkerungen armer Länder, den ersten Opfern der Klimakatastrophe**, die von der Gesundheitskrise betroffen sind, während ihre Gesund-

heitssysteme und öffentlichen Dienste noch weniger als unsere auf diese Pandemie vorbereitet sind, und von den sich abzeichnenden Nahrungsmittelkrisen betroffen sein werden. Die Solidarität bedeutet vor allem die **Streichung ihrer Auslandsschulden und die Zahlung zusätzlicher Notfallfinanzierungen;**

- **von den multinationalen Unternehmen die Achtung der Menschenrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer**, die bei ihren Tochtergesellschaften, Zulieferern und Subunternehmern in der ganzen Welt beschäftigt sind, anstatt sie ohne Einkommen, Unterstützung oder sozialen Schutz zu lassen und sie dadurch anfälliger für Ausbeutung zu machen, bei gleichzeitiger Auszahlung von Dividenden an ihre Aktionäre.

Die Welt danach muss endlich die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern umsetzen. Oft sind es die Frauen, im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen, im öffentlichen Dienst, im Handel, in der Lebensmittelindustrie, die Leben gerettet, Lebensmittel bereitgestellt, Tätigkeiten zum Schutz der Bevölkerung durchgeführt und es unserem Land durchzustehen ermöglicht haben, während sie immer noch viel schlechter bezahlt werden als Männer: Es ist an der Zeit, ihren Einsatz anzuerkennen.

Die Welt danach darf nicht zu einem weiteren Rückgang der demokratischen Rechte führen. Unter diesem Gesichtspunkt sind wir in Frankreich wie anderswo der Notwendigkeit bewusst, alle notwendigen Ausgangsbeschränkungen zu respektieren, aber nicht weniger empört über Polizeigewalt, missbräuchliche Kontrollen, Verletzungen des Schutzes der persönlichen Daten und der Privatsphäre, Verletzung der Rechte von Migrant*innen...

Am 1. Mai werden wir auch demonstrieren, um einen Plan für die solidarische und ökologische Relokalisierung von industriellen, landwirtschaftlichen und Dienstleistungsaktivitäten zu fordern:

- „Nie wieder“ verarmte und in Konkurrenz zueinander gesetzte Beschäftigte !
- „Nie wieder“ die Abhängigkeit von internationalen Märkten und das Fehlen von Masken, Kitteln und Medikamenten,

- **Nie wieder**" Produkte, die bei ihrer Reise um den Planeten Umweltverschmutzung und Treibhausgasemissionen verursachen!

- Und "**nie wieder**" die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Südens zum alleinigen Nutzen der transnationalen Konzerne aus reichen Ländern.

Damit der Tag danach nicht mehr derselbe ist wie der Tag davor, muss jede öffentliche Unterstützung für Unternehmen ab sofort von einer ökologischen und sozialen Umstellung abhängig gemacht werden, die es uns ermöglicht, Hunderttausende von hochwertigen Arbeitsplätzen in Frankreich zu schaffen.

Die Regierung darf unter dem Einfluss umweltverschmutzender Industrien nicht die Umweltverpflichtungen und -ziele in Frage stellen, die bereits weit unter dem durch die Klimakatastrophe geforderten Niveau liegen. **Sie muss auch die Verkäufe von Waffen aussetzen**, die Konflikte und Terrorismus anheizen, **und den Verzicht auf die kostspielige nukleare Abschreckung erwägen**, mehr gefährlicher als wirksam.

Wir fordern, dass der Kampf gegen den Klimawandel und der Schutz der biologischen Vielfalt Prioritäten für das Konjunkturprogramm sind und der klimatischen Notlage angemessen.

Am 1. Mai werden wir **auch demonstrieren, um einen Entwicklungsplan für alle öffentlichen Dienste und eine Neubewertung der Berufe öffentlichen Nutzens einzufordern:**

- Nie wieder" überforderte Krankenhäuser wegen Betten-schließungen und Mangel an Pflegepersonal,
- „nie wieder" eine öffentlichen Forschung, der Mittel fehlen,
- "nie wieder" ausgelaugte öffentliche Dienste,
- "nie wieder" vernachlässigte Pflegeheime
- "nie wieder" Menschen ohne Einkommen und ausreichende Ernährung.
- „nie wieder" falsche Ausreden über das Fehlen öffentlicher Gelder zu deren Finanzierung, während eine **gerechtere Besteuerung (auch von Einkommen/Vermögen), ein echter Kampf gegen Steuerhinterziehung und die Umwandlung der Staatsschulden in unbefristete Nullzinsen-Kredite der EZB** die Mittel dazu bereitstellen würden.

Auch unter den Bedingungen der Ausgangsbeschränkungen, **lasst uns alle am 1. Mai demonstrieren, und zwar von zu Hause aus, mit Plakaten, Transparenten oder durch ein Fluten der sozialen Netzwerke.** Lasst uns sichtbar machen, lasst uns ausdrücken, was wir in Frankreich und anderswo wollen: **einen Richtungswechsel, für eine ökologische, soziale, feministische und demokratische Zukunft!**

Macht eure Stimme am 1. Mai hörbar

Die unterzeichnenden Organisationen:

Action-aid France	ANV-COP 21
Alternatiba	Attac
CCFD-Terre solidaire	CGT
Confédération paysanne	DAL
FIDL	FSU
Fondation Copernic	Greenpeace
Le mouvement	Les Amis de la Terre
MAN	MNL
Notre affaire à tous	Oxfam
Syndicat de la Magistrature	Reclaim Finance
Syndicat des Avocats de France	
Youth For Climate France	UNEF
Union syndicale Solidaires	UNL

<https://france.attac.org/se-mobiliser/que-faire-face-au-coronavirus/article/1er-mai-plus-jamais-ca>

Zur Vorgeschichte des Aufrufs:

„Nie Wieder“ - Vertreter*innen von 19 Organisationen haben am 27. März 2020 eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, zwei Wochen später die Online Petition lanciert „Nie wieder - den Tag danach vorbereiten.“ Texte in der SiG-Sondernummer 1 „[Leben in Zeiten des Corona-Virus](#)“

Erster Mai 2020 weltweit

Nur einige der viele Aktionen am 1. Mai - trotz der Ausgangssperren (wird ergänzt) :
Aus der ganzen Welt: [Fotos von Aktionen](#)

"On est là" - [Clip](#) in Frankreich

Weitere Dokumentation auf der Seite von [Attac FR](#), viele [Plakate](#) und [Transparente](#)

1. Mai - Aufrufe und Aktionen

- **LabourStart:** *Featuring videos from trade unions around the world -- speeches, music and stories from workers' struggles on every continent* <https://www.labourstart.org/mayday/>
Use the hashtag #virtualmayday
Virtual May Day is a joint project of [LabourStart](#)
[The International Trade Union Confederation](#)
[Building and Woodworkers International](#)
[Education International](#)
[IndustriALL](#)
[The International Federation of Journalists](#)
[The International Transport Workers' Federation](#)
[The International Union of Foodworkers](#)
[Public Services International](#)
and [UNI Global Union](#).

Frankreich

14.5.2020: das Pflegepersonal demonstriert vor einem Krankenhaus in Paris für ihre schon vor einem Jahr erhobenen Forderungen. Die Regierung ist selbst jetzt in der Pandemie nicht auf die Forderungen eingegangen. [Video](#)

"Le jour d'après" - der Tag danach -
(nach Beendigung der Ausgangsbeschränkungen)
[Video](#) mit vielen Stellungnahmen

Nie wieder! - [Video](#) aus Frankreich,
10 Millionen mal gesehen, über die katastrophale
Gesundheitsversorgung und die Widersprüche der
franz. Regierung

Der Zorn der Arbeiterviertel ist legitim -
[Erklärung](#) von rund 40 französischen Organisatio-
nen, u.a. Attac Frankreich, und Ankündigung einer
Pressekonferenz am 4.5.20: "Seit dem 8. April wur-
den fünf Menschen von der Polizei getötet, drei wei-
tere wurden schwer verletzt und sieben haben Anzei-
ge wegen Polizeigewalt erstattet. Die meisten von
ihnen sind Schwarze und Araber. Im Departement
93 (Seine-Saint-Denis nordöstlich von Paris) stellte
die Polizei in den letzten Wochen 41.000 Strafzettel
aus, dreimal mehr als im Landesdurchschnitt. (...)"

Ein Appell vom Schauspieler Vincent Lindon :
« *Comment ce pays si riche...* » - [Video](#)

Mehr: www.france.attac.org

Attac Österreich: Vermögenssteuer reicht nicht: Lastenausgleich von den 10.000 Reichsten nötig

Ohne Lastenausgleich bezahlt die breite Bevölkerung die enormen Kosten der Corona-Krise

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac be-
grüßt die aktuelle Debatte um die Verteilung der
Kosten der Corona-Krise. „Die Frage, wer die Las-
ten der Krise tragen wird, ist nötig und sie muss
jetzt - und nicht erst in Monaten oder Jahren - ge-
führt werden“, erklärt Lisa Mittendrein von Attac
Österreich. „Die Debatte vertagen wollen vor allem
jene, die die Kosten später über Kürzungen auf die
breite Bevölkerung abwälzen wollen.“

Vermögens- und Erbschaftssteuern sind für Attac
wichtige Bausteine für mehr Steuergerechtigkeit.
Doch sie werden dem Ausmaß der aktuellen Krise
nicht gerecht. Zudem wird die – demokratiepolitisch
ohnehin problematische - Vermögenskonzentration
durch die Krise noch weiter steigen. „Die breite
Mehrheit verliert, während die Reichsten problem-
los noch mehr Unternehmen oder Immobilien auf-
kaufen können. Ein Corona-Lastenausgleich der
10.000 Reichsten ist daher nötig und angemessen“,
erklärt Mario Taschwer von Attac Österreich. (1)
**Attac fordert, dass Vermögen ab 5 Millionen
Euro mit 10 Prozent, Vermögen ab 100 Millionen
Euro mit 30 Prozent und Vermögen ab einer Mil-
liarde Euro je einmalig mit 60 Prozent einen Bei-
trag leisten.** Insgesamt könnten damit in Österreich
- konservativ gerechnet - rund 70 bis 80 Milliarden
Euro eingenommen werden. (2)

„Die Lasten der Corona-Krise - werden uns noch
jahrelang verfolgen – und jemand wird sie tragen
müssen. In der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise
nach 2008 waren das wir, die breite Bevölkerung.
Die Regierungen „retteten“ Banken und nicht Men-
schen. Wenn wir jetzt nicht handeln, droht sich das
zu wiederholen. Dann müssten auch jene, die jetzt
als „Held*innen“ gefeiert werden, die Rechnung
bezahlen. So weit darf es nicht kommen“ erklärt
Mittendrein.

Der Corona-Lastenausgleich weist einen Weg in die Zu-
kunft: Er ermöglicht Investitionen in Bildung, Pflege,
Gesundheit und eine nachhaltige Klimapolitik sowie eine
demokratische sozial-ökologische Umgestaltung der
Wirtschaft.

(1) Laut den Rohdaten der neuesten Vermögenserhebung der
Europäischen Zentralbank EZB besitzen rund 10.000 Men-
schen in Österreich mehr als 5 Millionen Euro;
www.hfcs.at/en/results-tables/hfcs-2017.html

(2) Der Corona-Lastenausgleich soll in Raten von fünf Jahren
geleistet werden. Um Ausweichreaktionen zu vermeiden, wird
das Nettovermögen mit Stichtag Mitte März 2020 ermittelt.
Um Arbeitsplätze zu fördern, gibt es eine Sonderregelung für
Betriebsvermögen. Weitere Details zur Bewertung verschiede-
ner Vermögensarten, Aufkommen und Begleitmaßnahmen fin-
den Sie im [Langkonzept](#).

<https://www.attac.at/news/details/vermoegensteuer-reicht-nicht-lastenausgleich-von-den-10000-reichsten-noetig>

Attac Österreich: Klima-Corona-Deal: Breites Bündnis stellt 4 Forderungen für ein stabiles Sozial- und Ökosystem

Regierung muss Corona-Hilfsgelder intelligent und klimagerecht investieren

Klima-Corona-Deal - Für einen klimagerechten Gesellschaftsvertrag in Österreich

Die österreichische Regierung steht vor der historischen Gelegenheit die staatlichen Rettungsgelder intelligent und klimagerecht zu investieren. Die Covid-19-Pandemie hat der Welt gezeigt, wie schnell und entschlossen wir als Gesellschaft handeln können, um eine Katastrophe abzuwenden. Daraus müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden, um die weltweite Klima- und Naturzerstörung einzudämmen.

Wir müssen uns auf allen Ebenen klimagerecht und naturverträglich ausrichten, um langfristig krisensicher zu sein. Die Regierung soll sich mit aller Kraft für einen ambitionierten, solidarischen, wirksamen und finanzstarken Green Deal der EU einsetzen. Nur wenn alle Konjunkturprogramme gut ineinander greifen, können wir die Corona-Krise bewältigen und zugleich die Weichen stellen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

In diesem Moment hängt alles davon ab, wohin die Gelder fließen. Um aus der derzeitigen Krise das Bestmögliche zumachen, müssen die Gelder in den naturverträglichen Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien, in effiziente Energieverwendung bei Gebäuden und Industrie, in öffentliche Verkehrsmittel und in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden. Berufsfelder, die sich durch einen geringen CO₂-Ausstoß auszeichnen, wie Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung sollten deutlich ausgebaut werden, die Entwicklung hin zu einer regionalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft soll gefördert werden. Jetzt ist die Zeit, um die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben.

Deshalb fordern wir einen Klima-Corona-Deal für Österreich: Damit unser Sozialsystem und unser Ökosystem stabil bleibt!

1. Die Zukunft der Menschen sichern: Die österreichische Regierung soll alle Menschen existenziell absichernden Arbeitsplätze durch die Corona-Krise bedroht oder verloren gegangen sind. Sie soll Mittel für Begleitmaßnahmen zur Umqualifizierung, Re-Qualifizierung, Weiterbildungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsinitiativen für Arbeitnehmer*innen bereitstellen. Durch die kluge Verteilung der Rettungsgelder kann die Regierung jetzt tausende neue und langfristig sichere klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen. Dadurch werden alle Menschen dabei unterstützt, Schritte zu einem guten Leben für alle zu setzen und den existenzbedrohenden Klimakollaps abzuwenden.

2. Umbau statt Wiederaufbau -Staatshilfen an Erreichung des 1,5 Grad Ziels knüpfen: Gelder aus den jetzigen Hilfs- und Konjunkturpaketen des österreichischen Staates sollen den Strukturwandel zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens vorantreiben. Auch weitere mögliche Konjunkturpakete nach der Krise müssen diesen Vorgaben folgen. Wir fordern Bedingungen für die staatliche Unterstützung, die so ausgestaltet sind, dass sie sich am Pariser Abkommen, den Biodiversitätszielen und den Sustainable Development Goals orientieren. Subventionen für fossile Energieträger sollen gestrichen und stattdessen klimagerecht investiert werden. Unternehmen sollen verpflichtet werden, gemeinsam mit den Belegschaften Dekarbonisierungs-Roadmaps zu erstellen. Kein Geld für Öl, Kohle, Gas und Unternehmen, die die sozial-ökologische Transformation blockieren.

3. Die Krise demokratisch bewältigen: Die Zivilgesellschaft und alle Sozialpartner müssen an den Verhandlungen um die Verteilung der staatlichen Finanzhilfen beteiligt werden. Vergabekriterien müssen transparent gestaltet werden und dem 1,5 Grad Ziel entsprechen. Die Bevölkerung muss durch Bürger*innenversammlungen und ähnliche partizipative Formate permanent in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine lebenswerte und klimagerechte Zukunft braucht eine umfassende Demokratisierung, nur so kann die Krise auch im weiteren Verlauf gerecht bewältigt werden.

4. Globale Klimagerechtigkeit: Menschen im globalen Süden sind schon heute viel stärker von der Klimakrise betroffen. Die Regierung muss sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Schulden der ärmsten Staaten gestrichen werden, dass statt Krediten Transferzahlungen geleistet werden und Österreich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leistet. Auch in der Gestaltung der Handels- und Investitionspolitik muss sich die Regierung für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechten sowie für Umweltstandards stark machen.

*Mit Stand 5.5.2020 haben bereits 94 Organisationen, Initiativen & Gruppen sowie 518 Wissenschaftler*innen den Klima-Corona Deal unterstützt*

https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Klima-Corona_Deal.pdf

Die Profite multinationaler Konzerne vor und während der Corona-Pandemie

Offener Brief an die EU-Kommission: CANCEL THE CONTRACT WITH BLACKROCK

OPEN LETTER TO PRESIDENT VON DER LEYEN, EXECUTIVE VICE-PRESIDENTS DOMBROVSKIS AND TIMMERMANS Brussels, 29 April 2020

Text und Unterschriften von 92 Organisationen, u.a. Attac Deutschland

We, the 92 signatories, write to urge you to cancel the recently concluded contract with BlackRock Investment Management(UK).

This company was selected to provide key advice to the Commission on the integration of environmental, social and governance (ESG) risks into EU banking rules and supervision, as well as working to insert ESG objectives into banks' business and investment strategies. We believe that the selection of BlackRock sends an extremely harmful message, one that undermines the credibility and reputation of the European Commission's European Green Deal and sustainable finance policy before it has even begun.

BlackRock has numerous vested interests in this area, and is hence not in a position to offer any kind of credibly neutral expert advice. We believe that the access to information which the investment management company would get through his tender, and the "advice" it would provide, would run an extre-

mely high risk of an early derailment of crucial and much-needed sustainable banking measures in the EU.

As you are aware, the question of finance is key to combating climate change. Your Commission estimates that 260 billion euros a year are needed to fulfill the ambitions put forward in the European Green Deal. To succeed in delivering these ambitions, it is crucial that the EU both discourages the dirty loans and investments that perpetuate climate change, and instead encourages and supports financing activities that are conducive to a sustainable economy. Both of these issues are raised in the European Green Deal. In order to move forward on this crucial issue, seeking advice is a logical next step. However selecting BlackRock as the adviser is a grave mistake - their position is strongly biased, they have zero credibility and they have an interest in, and a track record of working towards weakening the very ESG rules they are being hired to advise on. For example (...)

Arte-Film über BlackRock- bis zum 1.7.2020 [hier](#)

Über sechs Billionen Dollar verwaltet der Konzern. Mit ihnen hat sich der Finanzinvestor bei führenden Weltkonzernen eingekauft. Derzeit ist BlackRock Großaktionär bei Apple, Microsoft, Facebook, McDonald's, Siemens, BASF, Bayer und vielen, vielen mehr. BlackRocks Einfluss geht jedoch weit über Unternehmensbeteiligungen hinaus. Der Investor berät Notenbanken und Finanzminister, hat Zugang zu Staatschefs.

BlackRock als Regelgeber für Banken? Wie kam die EU auf diese Schnapsidee? - [NachDenkSeiten](#) "Wer den Wolf mit einem Schutzkonzept für die Schafherde beauftragt, ist sicher nicht eben am leiblichen Wohl der Schafe interessiert. Und da wundere sich jemand, dass die EU bei den Bürgern einen derart schlechten Ruf genießt."

Sand im Getriebe Nr. 135, S. 7-8: BlackRock empfahl Macron die Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge / BlackRocks Angriff auf die Rente

Werner Rügemeier: Große Kapitalorganisatoren: BlackRock und Co. in: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, PapyRossa Verlag 2018.

14.5.2020 – [Text](#)

Zurecht wird auf vielen Demonstrationen der Einfluss des „Wohltäters“ Bill Gates auf die WHO und die Erforschung und Vermarktung neuer Impfstoffe kritisiert. Wenn aber gleichzeitig krude Verschwörungstheorien in die Welt gesetzt werden, nach denen Bill Gates die Menschheit ausrotten („Bevölkerungsreduktion“) will, dann schadet das der notwendigen Diskussion darüber, dass in der heutigen Zeit die Demokratien zerstört werden und die Welt von einer korrupten Oligarchie beherrscht wird.

Dass Geld die Welt regiert, wussten schon unsere Vorfahren. Und wenn 26 Milliardäre so viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung, dann ist doch der Beweis erbracht, dass unser Wirtschaftssystem pervers ist. Zudem führt es systembedingt zu Krieg und Umwelterstörung. Das kann man nicht an Bill Gates (geschätztes Vermögen 98 Milliarden Dollar) und seiner Frau Melinda festmachen. Schon Dwight D. Eisenhower (US-Präsident von 1953 bis 1961) warnte vor dem „übertriebenen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes. Es besteht die Gefahr, dass unkontrollierte Macht desaströse Folgen haben könnte. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Komplex unsere Freiheit und Demokratie bedroht.“

Auch heute hat die **Rüstungsindustrie** ähnlichen Einfluss auf die Politik wie Bill Gates und die anderen US-Internet-Milliardäre
Jeff Bezos (Amazon), geschätztes Vermögen 113 Milliarden Dollar;
Marc Zuckerberg (Facebook), geschätztes Vermögen 55 Milliarden Dollar;
Steve Ballmer (Microsoft), geschätztes Vermögen 53 Milliarden Dollar;
Larry Page (Google), geschätztes Vermögen 51 Milliarden Dollar;
Sergey Brin (Google), geschätztes Vermögen 49 Milliarden Dollar).

Dazu kommen die großen Energiekonzerne, die bekanntlich hinter den Öl- und Gaskriegen der USA stecken.

Das Ausmaß des zerstörerischen Handelns der **Internet-milliardäre** – nicht nur das von Bill Gates – wird heute immer noch nicht erkannt. **Facebook** beispielsweise steuert das Verhalten von Millionen Menschen, macht damit Demokratie mehr und mehr unmöglich und führt zu verheerenden Veränderungen in unseren Köpfen und damit in unserer Gesellschaft. Auch der „reichste Mann der Welt“ Jeff Bezos (**Amazon**) ist nicht nur ein schweizerischer Arbeitgeber (Überwachung der Mitarbeiter,

Lohnrückerei, Druck auf Gewerkschafter), sondern zerstört durch sein zunehmendes Versandhandels-Monopol die Innenstädte, weil immer mehr Einzelhändler aufgeben müssen. Und die Zusammenarbeit aller Internetkonzerne mit der NSA führt zur Überwachung von großen Teilen der Menschheit, zur Enteignung unseres Privatlebens – in einem Ausmaß, das sich George Orwell nicht hätte träumen lassen.

Aber der Einfluss des Geschwisterpaares **Quandt und Klatten** (geschätztes Vermögen 29 Milliarden Dollar) auf die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer in Deutschland, und der **Medien-Damen Mohn** (Bertelsmann, geschätztes Vermögen 3 Milliarden Dollar) und **Springer** (geschätztes Vermögen 4 Milliarden Dollar) auf die öffentliche Meinungsbildung, darf bei allem berechtigten Zorn auf das Treiben der Bill und Melinda-Gates-Stiftung nicht aus der Diskussion verschwinden.

Solange die unerträgliche Macht einer kleinen Minderheit auf die Entwicklung der Weltgemeinschaft nicht gebrochen wird, werden Hunger, Krankheit, Ausbeutung, Kriege und Umwelterstörung das Ergebnis sein. Das wusste schon der alte Marx: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

Bill Gates zwischen Schein und Sein

[Patrick Spät](#) : Die "Bill & Melinda Gates Foundation" unterstützt nicht die notleidenden Menschen in Afrika, sondern etliche Agrarkonzerne und deren Profitinteressen – Zusammenfassung einer Studie von GlobalJustice Now über die Gates Foundation

Vandana Shiva

'Bill Gates is continuing the work of Monsanto', Video (12 min) auf Englisch, [FRANCE 24](#) 23.10.2019

Sarah Wagenknecht über die von Ursula von der Leyen angeführte Geberkonferenz für den Kampf gegen das Coronavirus - Woher stammen die eingesammelten Milliarden und wohin fließen sie?

[Video](#) und Quellenangaben -

"Wir brauchen eine andere Organisation der Pharma-Forschung und der Pharma-Industrie"

Erklärung von 105 Organisationen aus der ganzen Welt, u.a. Chaos Computer Club; Digitalcourage; Initiative für Netzfreiheit

Die COVID-19-Pandemie ist ein globaler Gesundheitsnotstand, der eine koordinierte und groß angelegte Reaktion aller Regierungen weltweit erfordert.

Die Anstrengungen der Staaten, das Virus einzudämmen, dürfen jedoch nicht in eine neue Ära der invasiven digitalen Überwachung münden.

2.4.2020 - Wir als unterzeichnende Organisationen fordern die Regierungen nachdrücklich auf, bei der Bekämpfung der Pandemie sicherzustellen, dass der Einsatz digitaler Technologien zur Verfolgung und Überwachung von Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen streng im Einklang mit den Menschenrechten erfolgt.

Technologie kann und soll bei diesen Anstrengungen, Leben zu retten, eine wichtige Rolle spielen, etwa bei der Verbreitung von Nachrichten zu Gesundheitsthemen und bei der Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung. Eine Zunahme von nicht freiwilligen digitalen Überwachungsbefugnissen des Staates, wie beim Zugang zu den Standortdaten von Mobiltelefonen, bedroht jedoch die Privatsphäre, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in einer Weise, die Rechte verletzt und das Vertrauen in die Behörden herabsetzen könnte – und damit die Wirksamkeit jeglicher Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens untergräbt. Solche Maßnahmen stellen auch ein Risiko der Diskriminierung dar und können bereits marginalisierte Gemeinschaften unverhältnismäßig schaden.

Es sind außergewöhnliche Zeiten, aber die Menschenrechte gelten nach wie vor. Die Struktur der Menschenrechte ist in der Tat so gestaltet, dass die verschiedenen Rechte sorgfältig ausbalanciert werden können, um einzelne Personen und die Gesellschaft insgesamt zu schützen.

Dabei können Staaten Rechte wie die Privatsphäre und die Meinungsfreiheit nicht einfach im Rahmen der Bewältigung einer Krise im Bereich des Gesundheitswesens missachten.

Vielmehr wird durch einen Schutz der Menschenrechte auch das Gesundheitswesen gestärkt. Mehr denn je müssen die Regierungen jetzt rigoros sicherstellen, dass jegliche Einschränkung dieser Rechte mit den seit langem bestehenden Menschenrechtsstandards in Einklang steht.

Diese Krise bietet eine Gelegenheit, unsere gemeinsame Menschlichkeit zu demonstrieren. Wir können außerordentliche Anstrengungen zur Bekämpfung dieser Pandemie unternehmen, die mit den Menschenrechtsstandards und der Rechtsstaatlichkeit in Einklang stehen.

Die Entscheidungen der Regierungen, um der Pandemie zu begegnen, werden das zukünftige Aussehen der Welt prägen.

Wir rufen alle Regierungen auf, auf die COVID-19-Pandemie nicht mit einer verstärkten digitalen Überwachung zu reagieren, es sei denn, die folgenden Bedingungen sind erfüllt:

1. Überwachungsmaßnahmen, die zur Bewältigung der Krise angewandt werden, müssen rechtmäßig, notwendig und verhältnismäßig sein. Sie müssen gesetzlich vorgesehen und durch berechtigte Ziele der öffentlichen Gesundheit, die von den zuständigen Gesundheitsbehörden festgelegt werden, gerechtfertigt sein und in einem angemessenen Verhältnis zu diesen Bedürfnissen stehen. Die Regierungen müssen die von ihnen ergriffenen Maßnahmen transparent machen, damit sie überprüft und gegebenenfalls später geändert, zurückgezogen oder aufgehoben werden können. **Wir dürfen nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand für eine wahllose Massenüberwachung dient.**

2. Wenn Regierungen ihre Überwachungs- und Kontrollbefugnisse ausweiten, dann müssen diese Befugnisse zeitlich begrenzt sein und dürfen nur so lange fortbestehen, wie es nötig ist, um die aktuelle Pandemie zu bekämpfen. **Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand für Überwachung auf unbestimmte Zeit dient.**

3. Staaten müssen sicherstellen, dass eine verstärkte Sammlung, Speicherung und Aggregation von persönlichen Daten, einschließlich Gesundheitsdaten, nur für die Zwecke der Bewältigung der COVID-19-Pandemie erfolgt. Daten, die zur Bewältigung der Pandemie gesammelt, aufbewahrt und aggregiert werden, müssen in ihrem Umfang begrenzt und zeitlich auf die Pandemie bezogen sein und dürfen nicht für kommerzielle oder andere Zwecke verwendet werden. **Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand dient, um das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre auszuhöhlen.**

4. Die Regierungen müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Daten der Menschen zu schützen, einschließlich der Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit aller gesammelten persönlichen Daten und aller Geräte, Anwendungen, Netzwerke oder Dienste, die an der Sammlung, Übertragung, Verarbeitung und Speicherung der Daten beteiligt sind. Alle Behauptungen, dass Daten anonym sind, müssen auf Beweisen beruhen

und mit ausreichenden Informationen darüber, wie sie anonymisiert wurden, untermauert werden. **Wir können nicht zulassen, dass Versuche, auf diese Pandemie zu reagieren, als Rechtfertigung für die Gefährdung der digitalen Sicherheit der Menschen benutzt werden.**

5. Jeglicher Einsatz von digitalen Überwachungstechnologien zur Bewältigung von COVID-19, einschließlich Big Data und Systemen der Künstlichen Intelligenz, muss sich mit dem Risiko befassen, dass diese Instrumente die Diskriminierung und andere Rechtsverletzungen gegen Minderheiten, in Armut lebende Menschen und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen erleichtern, deren Bedürfnisse und Lebensrealitäten in großen Datensätzen möglicherweise verdeckt oder falsch dargestellt werden. **Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie die Kluft in der Wahrnehmung der Menschenrechte zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft weiter vergrößert.**

6. Wenn Regierungen mit anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Daten treffen, müssen diese auf einer Rechtsvorschrift beruhen, und die Existenz dieser Vereinbarungen und die zur Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die Privatsphäre und die Menschenrechte erforderlichen Informationen müssen öffentlich bekannt gegeben werden – schriftlich, mit Verfallsklauseln, öffentlicher Aufsicht und anderen Schutzmaßnahmen als Vorgabe. Unternehmen, die an den Anstrengungen der Re-

gierungen zur Bekämpfung von COVID-19 beteiligt sind, müssen mit der erforderlichen Sorgfalt sicherstellen, dass die Menschenrechte respektiert werden und jede Intervention von anderen geschäftlichen und kommerziellen Interessen abgewehrt wird. **Wir können nicht zulassen, dass die COVID-19-Pandemie als Vorwand dafür dient, die Menschen im Dunkeln zu lassen, welche Informationen ihre Regierungen sammeln und an Dritte weitergeben.**

7. Jede Reaktion muss eine Rechenschaftspflicht und Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch beinhalten. Verstärkte Überwachung im Zusammenhang mit COVID-19 darf nicht in den Bereich der Sicherheits- oder Geheimdienstbehörden fallen und muss einer wirksamen Aufsicht durch geeignete unabhängige Gremien unterliegen. Darüber hinaus müssen auch Einzelpersonen die Möglichkeit erhalten, von allen Maßnahmen, mit denen Daten im Zusammenhang mit COVID-19 gesammelt, aggregiert, gespeichert oder genutzt werden, zu erfahren und diese anzufechten. **Personen, die einer Überwachung unterzogen wurden, müssen Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln haben.**

8. Reaktionen auf COVID-19, bei denen Daten erhoben werden, sollten Mittel für eine freie, aktive und sinnvolle Beteiligung relevanter Interessengruppen, insbesondere von Experten des Gesundheitswesens und der am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen, vorsehen.

<https://www.hrw.org/news/2020/04/02/joint-civil-society-statement-states-use-digital-surveillance-technologies-fight>

Alternative Online-Kommunikation

Digitalcourage

<https://digitalcourage.de/corona>

Tipps fürs Onlineleben und Grundrechtsfragen Wachsam bleiben – Zu Hause und „da draußen“!

Während wir mit Homeoffice und Kinderbetreuung beschäftigt sind, entscheiden Politik und Justiz auf Bundes- und Länderbene in atemberaubendem Tempo über unser Alltagsleben. Viele Frage stellen sich gerade gleichzeitig: Wie sichere ich mein Homeoffice? Wozu sollen unsere Handydaten genutzt werden? Wie unterrichten wir unsere Kinder digital? Und was wird aus unseren Grundrechten nach der Corona-Krise? Wir von Digitalcourage sortieren, beobachten, klären und recherchieren zu all diesen Themen. Hier bündeln wir die Ergebnisse, damit Sie schnell fündig werden.

Entgoogle das Internet

<https://degooglisons-internet.org/de/>

In den letzten Jahren haben wir die **weit verbreitete Unternehmenskonzentration von Internetakteuren** (YouTube gehört zu Google, WhatsApp zu Facebook, Skype zu Microsoft, usw.) beobachtet. Diese Zentralisierung ist nachteilig, nicht nur, weil sie die Innovation bremst, sondern auch, weil sie zu einem Freiheitsverlust für die Nutzer führt, die **ihre digitale Existenz nicht mehr kontrollieren können**: Ihr Verhalten wird kontinuierlich seziert und analysiert, damit sie von Werbung besser angesprochen werden können, und ihre Daten - die privat sein sollten (besuchte Seiten, ausgetauschte E-Mails, angesehene Videos usw.) - können von Behörden analysiert werden.

Framasoft: eine freie, ethische, dezentrale und solidarische [Alternative zu jedem dieser Dienste](#), [Mehr](#)

'G5' in der Kritik

Smart City: Utopie oder Alptraum?

In Berlin wächst die Infrastruktur für den neuen Mobilfunkstandard 5G – und die Kritik - [Grüne Liga](#)

Auswirkungen der drahtlosen Kommunikation auf die menschliche Gesundheit

[Studie](#) im Auftrag des EU-Parlaments "Die WHO bzw. das Internationale Krebsforschungszentrum (International Agency for Research on Cancer, IARC) hat hochfrequente EMF im Jahr 2011 als möglicherweise krebserregend für den Menschen eingestuft."

Europa ignoriert mögliches Krebsrisiko von 5G

von Harald Schumann und Elisa Simantke, [Tagesspiegel](#) 12.1.2019

"Sowohl eine amerikanische Forschergruppe des staatlichen „National Toxicology Program“ als auch ein Team um die renommierte italienische Krebsforscherin Fiorella Belpoggi in Bologna berichteten jüngst, dass sie in aufwendigen Experimenten auf „klare Beweise“ für die Tumor-erzeugende Wirkung der Hochfrequenzstrahlung bei Ratten gestoßen sind. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz hatte bereits 2015 ergeben, dass Mobilfunkstrahlung die Ausbreitung von Tumoren im Körper von Mäusen erheblich beschleunigt."

Geld für Gesundheit statt für Rüstung!

Jetzt unterschreiben: Geld für Gesundheit statt für Rüstung! Angesichts der Corona-Krise und zukünftiger Prävention von Pandemien müssen die Gelder für das Gesundheitswesen massiv erhöht werden. Gleichzeitig gibt die Bundesregierung jedoch Milliarden Euro für Rüstung und Militär aus. [Friedenskooperative](#)

Deutschland: Die Ausgaben für Verteidigung machen rund 12% (45 Mrd. Euro) aus, die für Gesundheit lediglich 4 % (15 Mrd. Euro). Statt Geld für Panzer oder Kampfflugzeuge auszugeben, brauchen wir mehr Intensivstationen und vor allem gut ausgebildetes sowie gut bezahltes Personal in allen Gesundheitsbereichen. - Appell - Unterschrift: <https://www.friedenskooperative.de/gesundheitsstatt-ruestung>

Statt Milliarden für Rüstung und Krieg mehr Geld für Krankenhäuser und Pflegepersonal - [webseite](#) der Bundes-AG Globalisierung und Krieg

Kampfbomber helfen nicht gegen Viren – SIPRI registriert Rekord-Militärausgaben – [ISW](#)

Kriegsübung trotz Pandemie: US-Streitkräfte setzen das Großmanöver Defender Europe 20 in abgespekter Form fort - mit Unterstützung der Bundeswehr. [German Foreign Policy](#)

Justice Now: Globale Waffenruhe oder Krieg? Donald Trump entscheidet sich für: Krieg. Verpasste Chance in Zeiten der Corona
Am 8. Mai 2020 blockierte die Vetomacht USA im UN-Sicherheitsrat [einen Resolutionstext](#), der im Rahmen der globalen Corona-Pandemie einen weltweiten Waffenstillstand in sämtlichen Kriegen und Konflikten gefordert hätte. Bereits Ende März rief UN-Generalsekretär António Guterres zu einem „[sofortigen weltweiten Waffenstillstand in allen Ecken der Welt](#)“ auf, um so auch die vor Krieg und Zerstörung geschundenen Gesellschaften effektiv vor dem tödlichen Virus schützen und die Ausbreitung des Virus besser eindämmen zu können. Der von Tunesien und Frankreich eingebrachte Text beinhaltete auch [die Forderung](#), alle an der Eindämmung der Corona-Pandemie beteiligten UN-Gesundheitsorganisationen zu unterstützen. - [Text](#)

Zeitschrift Marx 21: Zombie-Kapitalismus Corona und die Wirtschaftskrise / WHO Für Konzerne statt Gesundheit Systemversagen Technik und Wissen, um dem Coronavirus zu begegnen, sind vorhanden. Wie könnte es genutzt werden?
Bürgerrechte Der verfassungspolitische Sprecher der Linksfraction, Niema Movassat, erklärt, warum Ausgangssperren falsch sind / **Blinder Fleck** Nicht alle können einfach zu Hause bleiben
Das Monster vor der Tür Mike Davis, Autor der Bücher »Vogelgrippe« und »Planet der Slums« über Corona in den USA
Krankenhausmisere Der Irrsinn der Fallpauschalen - Eine Pflegekraft packt aus / **AfD Die Seuche des Rassismus / Arbeiterrechte Klassenkampf in Zeiten des Virus / Lohn für Quarantäne Streiks in Italien / Kein Burgfrieden! Die Gewerkschaften in der Viruskrise**
<https://www.marx21.de/magazin-coronakrise-download/>

Attac Österreich: Webinare zur Corona-Krise

Welche wirtschaftlichen Folgen hat die Corona-Pandemie? - Webinar vom 9.4.2020

Lisa Mittendrein führte durch ein Gespräch mit dem Ökonomen und ehemaligen Weltbank-Direktor Kurt Bayer und Julia Litofcenko, Ökonomin und Attac Vorstandsmitglied.

Sie analysieren die wirtschaftliche Lage, blicken in die Zukunft und stellen erste strategische Überlegungen sowie Forderungen zur Krise vor.

Wer soll für die Coronakrise zahlen? - Webinar vom 29.4.

Wie wird die EU mit der Corona-Krise fertig?

Der EU wird in der Coronakrise von vielen Seiten fehlende Handlungsfähigkeit und mangelnde Solidarität vorgeworfen. Gleichzeitig treten die Nationalstaaten in einen Wettbewerb um die beste Krisenpolitik.

Wie genau sieht eine handlungsfähige EU aus? Wie ist die bisherige Krisenpolitik der EU einzuschätzen? Wären Corona-Bonds wirklich eine solidarische Antwort in der Krise? Und kann die Erschütterung bisheriger Dogmen zu einer Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik führen? Die Regisseurin und Attac-

Aktivistin Bérénice Hebenstreit führt durch das Gespräch mit Peter Wahl (WEED, Attac Deutschland) und Lisa Mittendrein, Attac.

Klimakiller Energiecharta-Vertrag

Der Energiecharta-Vertrag ist kaum bekannt. Er gibt Konzernen ungeheure Macht mittels Sonderklagerechten eine klimafreundliche Energiepolitik zu blockieren. Iris Frey von Attac führt durch ein **interaktives Webinar** mit Pia Eberhardt, Corporate Europe Observatory, der wohl besten internationalen Expertin zum Thema Sonderklagerechte sowie Sara Murawski, Aktivistin bei "Andres Handeln" aus den Niederlanden. Die Niederlande werden aktuell vom Energiekonzern UNIPER wegen des Kohle-Ausstiegs auf Basis des Energiecharta-Vertrags mit einer Klage bedroht.

Hinweis der SiG-Red. : The Netherlands has floated proposals to ensure a green recovery from the COVID-19 crisis, suggesting an "exclusion list" of economic activities like nuclear power, which the Dutch believe should be banned from receiving EU funds.
Outline for an EU Green Recovery: The Netherlands' priorities for a green recovery

Karlsruher Sprengladung

Tomasz Konicz

Der Aufkauf von Staatsanleihen, den die Europäische Zentralbank EZB im gigantischen Umfang betreibt, um die Konjunktur in der Eurozone anzukurbeln, ist nach dem Urteil der Verfassungsrichter teilweise nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. (...) Innenpolitisch stellt der Urteilspruch einen Sieg der antieuropäischen, populistischen Rechten in der Bundesrepublik dar, die weiterhin am Hirngespinnst von der EU als einer europäischen "Transferunion" festhält - auch wenn die Bundesrepublik seit der Euroeinführung einen kumulierten Handelsüberschuss von rund 1.576 Milliarden Euro gegenüber den Ländern der Eurozone erzielte (was ja die Eurozone faktisch zu einer deutschen Transferunion macht). Die inzwischen mit Rechtsextremisten durchgesetzte AfD ist ursprünglich als eine populistische Anti-Euro-Partei in der Eurokrise groß geworden - und es war ihr ehemaliger Mitbegründer Bernd Lucke, der gemeinsam mit dem CSU-Politiker Peter Gauweiler gegen die EZB in Karlsruhe klagte. (...)

Quelle: Telepolis

Fabio de Masi

Wenn die #EZB keine monetäre Staatsfinanzierung machen soll, weil sich dies der Kontrolle des Parlaments entzieht, darf sich die Bundesregierung nicht einer Fiskalpolitik verweigern, die Depression und

Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa verhindert. Sonst wird der Euro zerbrechen.(...)

Fabio de Masi via Facebook

Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker: Die große Anmaßung

Das Urteil ist skandalös, weil es bar jeder Kenntnis makroökonomischer Zusammenhänge geschrieben ist, weil es die Berücksichtigung von Zusammenhängen fordert (allerdings nur für Deutschland), die selbstverständlich Teil der Abwägung der EZB (allerdings für Europa) sind. Das Bundesverfassungsgericht löst auch ein Erdbeben in juristischer und in politischer Hinsicht aus, weil es sich über ein Urteil des ihm in diesen Fragen eindeutig übergeordneten EuGH hinwegsetzt.(...)

<https://makroskop.eu/2020/05/die-grosse-anmassung/>

Andreas Fisahn: Karlsruhe und die Anleihekäufe der EZB Makroskop Das Urteil von Karlsruhe zu den Anleihekäufen der EZB weist auf das zentrale Problem der EU: Die Verträge passen nicht mehr auf die aktuelle wirtschaftspolitische Situation. (...) Das Urteil ist komplex; juristisch überzeugt es, aber es hat mittelfristig möglicherweise auch problematische Konsequenzen für die Geld- und Fiskalpolitik der EZB. Und damit – angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Probleme – auch existenzielle Bedeutung für die Zukunft der EU.

Attac Österreich fordert Regierung auf, EU-Mexiko Abkommen nicht zu unterzeichnen

Am 28. April, haben die EU-Kommission und Mexiko den Abschluss von Handels- und Investitionsverhandlungen verkündet. **Es ist das erste Handelsabkommen zwischen der EU und einem lateinamerikanischen Land, das Sonderklagerechte für Konzerne vorsieht.** Vereinbart sind zudem die Liberalisierung neuer Sektoren wie Energie, Rohstoffe und Landwirtschaft sowie die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte Mexikos für europäische Konzerne. (...) Attac Österreich meint: Globalen Handel solle es weiterhin geben, aber komplementär und auf der Basis von Solidarität und Kooperation. (...) [Mehr](#) (s. auch [Attac Frankreich](#))

Nelly Grotefendt und Bettina Müller EU Handelspolitik: Keine Hoffnung auf Kurswechsel

Sehr überraschend haben sich EU-Handelskommissar Phil Hogan und die mexikanische Wirtschaftsministerin Graciela Márquez Colín am 28. April per Telefon auf den Abschluss der Verhandlungen des EU-Mexiko Modernisierungsabkommens geeinigt. Selbst einige EU-Parlamentarier*innen erfuhren davon erst aus der Presse.

Anstatt ein Zeichen für zukunftsfähigen Handel in Pandemiezeiten zu setzen, ist das Abkommen ein Signal, so schnell wie möglich zum Status Quo zurückkehren zu wollen.

*Nelly Grotefendt ist Referentin Politik beim **Forum Umwelt und Entwicklung**. Bettina Müller ist Referentin Handels- und Investitionspolitik bei **PowerShift**.*

Mexiko und die EU haben erst vor 20 Jahren ein umfassendes Abkommen über Handel und politischen Dialog abgeschlossen. Seinerzeit pries es der damalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy als "das Erste, das Schnellste und das Beste". (...) Damalige Versprechungen, dass das Abkommen Wachstum und Arbeitsplätze bringen würde, haben sich nicht erfüllt. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote in Mexiko seit 2000 sogar angestiegen, von 2,6 auf 3,3 Prozent 2018. Etwa 60 Prozent der mexikanischen Arbeitnehmer*innen sind in nicht sozialversicherungspflichtigen Jobs beschäftigt. Diese Zahl hat sich seit Beginn des Millenniums praktisch nicht verändert. 40 Prozent der Bevölkerung gilt als arm. Der Mindestlohn im Land liegt bei gerade einmal 144 Euro. Der mexikanische Arbeitsmarkt ist von Informalität, Prekarität und mangelnder gewerkschaftlicher Vertretung geprägt.

Dies gepaart mit geschwächten Regularien bezüglich Umweltschutz machen das Land zu einem günstigen Pflaster auch für europäische Unternehmen. In Mexiko können sie günstig Autos und Maschinen zusammenbauen lassen, die dann in Hochpreisländer wie die USA oder zurück in die EU exportiert werden. Tatsächlich gehen alle von der EU selbst in Auftrag gegebene Studien von einem wenn überhaupt marginalen Effekt des alten wie des modernisierten Abkommens auf die Einkommensverhältnisse und Arbeitsplatzkreation aus. (...)

Mehr Handel landwirtschaftlicher Güter, weniger Kontrollen

Angesichts der zu erwartenden globalen Wirtschaftskrise aufgrund der Corona-Pandemie bräuchten sowohl Mexiko als auch die EU gerechten Handel, der die heimische Produktion und Kleinbauern und -bäuerinnen stärkt. Stattdessen öffnet das modernisierte Abkommen zum einen den mexikanischen Markt noch stärker für Fleisch sowie Milchprodukte und andere Lebensmittel aus der EU. Die 2019 veröffentlichte Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU geht bspw. von einem Anstieg von bis zu 1200 Prozent bei europäischen Zuckerexporten nach Mexiko aus – obwohl das Land selbst zu den größten Zuckerproduzenten der Welt gehört. Zum anderen wird der europäische Markt noch stärker für u.a. Hühner- und Schweinefleisch sowie Honig geöffnet und Zölle weiter gesenkt. Das wird auch Auswirkungen auf einige Bereiche in der europäischen Landwirtschaft haben, die bereits jetzt einem massiven Preisdruck ausgesetzt ist.

Relokalisierung wichtiger Produktionszweige – nicht für Mexiko

Einer der Hauptforderungen der EU während des Modernisierungsprozesses war der bessere Zugang europäischer Konzerne zum öffentlichen Beschaffungswesen Mexikos. Das bedeutet, europäische Bieter sollen an Ausschreibungen des Staates teilnehmen dürfen, bspw. für den Bau von Straßen,

Krankenhäusern oder Universitäten, oder auch nur für die Ausstattung von Hospitälern mit medizinischem Gerät. Das südamerikanische Land wird mit dem Abkommen 64 Prozent seines Beschaffungswesens für Wettbewerber aus der EU öffnen. In Corona-Zeiten, in denen einst ins Ausland verlagerte Produktionsstrukturen nach Europa zurückgeholt werden sollen, schickt die EU ein Abkommen auf den Weg, das genau solche Maßnahmen in Mexiko behindern wird. Eine Liberalisierung des Gesundheitsdienstleistungssektor sowie steigender Privatisierungsdruck ist das Gegenteil einer globalen solidarischen Gesundheitsversorgung, die dringend gebraucht wird, um das COVID-19 Virus weltweit effektiv zu bekämpfen – und zwar nicht nur in Ländern und für Menschen, die es sich leisten können.

Klimaschutz? – Nicht mit diesem Abkommen

Das modernisierte Abkommen fördert den Abbau natürlicher Rohstoffe in Mexiko, v.a. die Ausbeutung von dreckigen Energieträgern wie Erdöl und -gas. Derzeit machen diese zwischen 16 und 28 Prozent des Wertes aller mexikanischen Exporte in die EU aus (je nach Weltmarktpreis). Nun sollen alle Restriktionen und Kosten, die für diesen Export in die EU anfallen, abgeschafft werden. Damit würden sich Umwelt- und Klimazerstörung noch mehr lohnen. Während also die EU einen Green Deal und CO₂-Neutralität bis 2050 anstrebt, schließt sie Abkommen ab, die im kompletten Widerspruch zu ihren eigenen Zielen stehen.

Nicht erst seit diesem Abkommen fordert die Zivilgesellschaft deshalb, Themenbereiche wie Umwelt- und Klimaschutz nicht mehr unverbindlich im so genannten Nachhaltigkeitskapitel zu behandeln. Vielmehr sollten sie als Grundbedingungen etabliert werden. Doch das Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung bleibt in der Tradition bisheriger Abkommen: unverbindliche Sprache, Lippenbekenntnisse zum Thema Klimawandel, Biodiversität oder verantwortungsvolles Lieferkettenmanagement. Sehr viel „könnte und müsste“, aber keine verbindlichen Forderungen, die auch Konsequenzen nach sich ziehen, wie beispielsweise eine Aussetzung des Abkommens oder der Verlust bestimmter Zollvorzüge. Für eine vermeintliche Durchsetzung wird dem Kapitel nicht etwa ein scharfer Sanktionsmechanismus zur Seite gestellt, wie er privaten Investoren mit dem Konzernklagemechanismus an die Hand gegeben wird. Stattdessen werden nachhaltigkeitsbezogene Konflikte in einer Dialogrunde ausgehandelt, die besonders auf gegenseitiges Einvernehmen der Teilnehmenden ausgeht ist.

Ein Abkommen, das ernsthaft das Klima schützen, die Biodiversität fördern und nachhaltige Entwicklung – sozial, ökonomisch, umweltpolitisch und solidarisch – voranbringen will, muss jedes Kapitel an diesen Werten ausrichten.

Konzerne first, Bedenken second

Während Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutz im Modernisierungsabkommen nur am Rande vorkommen, werden Konzernen beider Seiten des Atlantiks nun Sonderklagerechte eingeräumt. Bereits jetzt bestehen zwischen Mexiko und 15 EU-Staaten bilaterale Investitionsabkommen, die entsprechende Klagen ausländischer Investoren gegen staatliche, als geschäftsschädigend angesehene Maßnahmen vor internationalen Schiedsgerichten zulassen. Mexiko bekleidet Platz 6 der meisten Klagen der Welt, mit 33 bekannten Investor-Staatschiedsverfahrensklagen (ISDS – Investor-State Dispute Settlement). Ein Großteil dieser Klagen geht auf US-amerikanische Konzerne zurück. Doch gefolgt werden sie von französischen und spanischen Investoren, die 1/5 aller ISDS-Klagen gegen Mexiko ausmachen. Mexikanische Unternehmen hingegen haben bislang erst zwei ISDS-Klagen gegen EU-Staaten angestrebt, und zwar gegen Spanien.

Dass es sich bei der Investorenschutzklausel im Modernisierungsabkommen um eine reformierte Version handelt, ändert nichts an dem strukturellen Problem. Der staatliche, demokratisch legitimierte Handlungsspielraum wird von privaten Investoren eingeschränkt. Sie allein sind es, die Zugang zu diesem exklusiven Rechtssystem haben, während Staaten nicht in gleichem Maße gegen deren unverantwortliches Handeln vorgehen können.

Nicht fit für die Zukunft

In Zeiten von Klimakrise, Pandemie und konstanten Menschenrechtsverletzungen entlang globalisierter Lieferketten ist das EU-Mexiko Abkommen nicht mehr zeitgemäß. Daran ändern auch die EU-Diskurse einer vermeintlichen Modernisierung nichts. Denn solange die Handelspolitik nicht Menschen, der Umwelt und dem Klima Vorrang vor kurzfristigen Gewinninteressen gibt, wird sie einen Status Quo zementieren, der uns immer wieder in neue Krisen stürzt. Das EU-Mexiko Abkommen ist dahingehend der falsche Schritt. Darum muss das Abkommen von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament gestoppt werden.

<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/opinion/eu-handelspolitik-keine-hoffnung-auf-kurswechsel/>

LobbyControl 7.5.2020

Corona-Hilfen: Debatte um Auflagen für Konzerne - Bei vielen börsennotierten Unternehmen steht die Saison der jährlichen Dividendenausschüttungen bevor. Fast 44 Milliarden Euro plant den Unternehmen an ihre Aktionäre auszuschütten. Hier stellt sich die Frage: Wie passt das zusammen – auf der einen Seite staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, und zugleich auf der anderen Seite die Anteilseigner mit hohen Summen beglücken? Und wie sieht es aus mit Unternehmen, die hohe Boni für Manager:innen zahlen oder Gewinne in Steueroasen verschieben und sich so der Finanzierung desjenigen Gemeinwesens entziehen, von dessen Hilfen sie nun profitieren?

Die dänische Regierung beispielsweise hat in dieser Hinsicht eine klare Ansage gemacht: Wer Staatshilfen erhält, muss sich im Gegenzug ebenfalls solidarisch zeigen. Das heißt: Wer Gewinne in Steueroasen verschiebt, erhält nichts. Ebenso ist klar: Wer mit Steuergeld durch die Krise kommt, darf nicht im nächsten Schritt Gewinne an Anteilseigner ausschütten.

In Deutschland sind die Regeln bei weitem nicht so klar. [Grüne](#), [Linke](#) und [SPD](#), zum Teil auch Mitglieder der Bundesregierung, fordern ebenfalls Auflagen für die Unternehmen bei Staatshilfen. Auch aus der [CDU](#) sind solche Stimmen zu hören. Die liberale EU-Wettbewerbskommissarin [Vestager](#) möchte EU-weit durchsetzen, dass es Unternehmen untersagt wird, Dividenden auszuzahlen oder eigene Aktien zurückzukaufen, wenn sie staatliche Hilfen erhalten. Die Organisation Bürgerbewegung Finanzwende hat diese Woche eine [Unterschriften-Aktion](#) gestartet, in der klare Auflagen für alle Formen der Staatshilfe gefordert werden.

Hoch-Risikogruppe: Fleischarbeiter

1. **Werner Rügemeier: Artikel in [NDS](#)**
2. Bleibende Schäden - Desaströse Lebensbedingungen osteuropäischer Schlachthofarbeiter in Deutschland führen zu massenhaften Infektionen mit dem Covid-19-Virus. [German Foreign Policy](#)
3. **Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft : Statt sich zu empören ist Handeln angesagt** - System Billigfleisch schafft viele Verlierer. Änderungen dringend notwendig - [Text](#)
4. Viele Corona-Fälle auch in der [US-Fleischindustrie](#)

(über die USA: **Democracy now: How Black and Brown communities are being disproportionately targeted and policed in New York City's** – [Video](#))

Pflege am Limit - 10-teilige Serie, [Jungewelt](#)

Soziale Absicherung in der Krise?

Breites Bündnis fordert 100 Euro Mehrbedarf für Sozialleistungsbezieher - [Gegen HartzIV](#)

Hartz IV-Corona-Zuschlag?

Der Antrag von drei Bundesländern (Berlin, Bremen und Thüringen) auf einen befristeten Corona-Zuschuss wurde am 16.5.2020 abgelehnt. Stattdessen wurde der Antrag in die Ausschussberatungen verschoben.

[Bereits im Bundestag wurde ein Antrag der Grünen abgelehnt](#), für die Zeit der Corona-Pandemie einen Hartz IV Zuschlag von 100 EUR an jeden Leistungsberechtigten zu zahlen.

Keine Hotels für Obdachlose: Auch abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen, leerstehende Hotels für die Unterbringung von Obdachlosen zu nutzen, damit diese besser vor einer Corona-Infektion geschützt sind. Lediglich die Linken und die Grünen stimmten dafür. - [Mehr](#)

DIE LINKE: Für einen sozialen Schutzschirm, der auch die Ärmsten schützt – [Mehr](#)

Grundrechte?

Digitalcourage: Einordnung zur geplanten „Corona-Kontakt-Tracing-App“ des RKI
Eine App des Robert-Koch-Instituts soll helfen, Kontakte zu infizierten Menschen nachzuvollziehen. Wir haben uns die Pläne angesehen – und haben Zweifel und Fragen. - ausführliche [Stellungnahme](#)

Zweites Pandemieschutzgesetz, 14.5.2020: Vertrauen ohne Kontrolle: Datenschutz ausgehebelt - 19. Mai 2020 von Brigitta Engel und Florian Rötzer - Der Bundestag ignoriert mit dem zweiten Pandemieschutzgesetz den Datenschutz. Das Justizministerium schweigt. [Heise](#)

Stellungnahme des DGB zum Entwurf eines zweiten Pandemieschutzgesetzes, 7. Mai 2020 -

Welche Proteste?

Peter Nowak: Jenseits von Gesundheitsnotstand und Verschwörungswahnsinn - Mittlerweile gibt es von unterschiedlichen Seiten eine theoretische und praktische Kritik an einer autoritären Staatspolitik, die aber meist mit sozialen Protesten gekoppelt ist. [Telepolis](#)

Peter Nowak: Wie umgehen mit irrationalen Protestbewegungen? [Heise](#)

Klimagerechtigkeit

Thomas Fritz: PANDEMIE IM TREIBHAUS - Der Kampf fossiler Konzerne gegen ihre Entwertung
Nicht wenige Menschen glauben, der Corona-Shutdown berge auch Chancen, vor allem für eine Bewältigung der Klimakrise. Doch mehrere Faktoren stimmen skeptisch, darunter die ungebrochene Macht der fossilen Konzerne. Denn die können sich auf ein vielfältiges Netz der Protektion stützen, das die Industriestaaten mit ihrer Geld-, Wirtschafts- und Handelspolitik gewebt haben. - [Analyse](#)

[Erklärung](#) von 32 Organisationen, u.a. Attac DE Tesla Gigafactory: Ein Elektromotor macht noch keine Verkehrswende! , 22.4.2020

Die deutsche und internationale Automobilindustrie hat uns –zusammen mit anderen fossilen Industrien –in die Klimakrise geführt. Autogerechte Städte und Verkehrssysteme sind Ausdruck einer ‚imperialen Lebensweise‘, d.h. sie beruhen auf der Ausbeutung ökologischer und sozialer Ressourcen im Globalen Süden. Konzerne wie VW, Daimler, Ford, BMW oder Toyota machen Profite auf Kosten von Mensch und Klima. Dagegen kämpfen wir und fordern eine konsequente Verkehrswende. Der Verkehrssektor darf nicht weiter zur Aufheizung des Klimas und zur rücksichtslosen Ausbeutung von Rohstoffen beitragen. Wir wollen eine gerechte, ökologische Mobilität für alle –hier und überall! Damit stellen wir uns auch klar gegen rassistische und klimafeindliche Positionen, die ‚deutsche Diesel und Benzinerverteidigen und die Klimakrise ignorieren. Auch Tesla setzt auf die Massenproduktion von Autos –allerdings mit batterieelektrischem Antrieb. Dem Tesla-

Chef Musk ist der Öffentliche Fern- u. Nahverkehr sowie der Rad- & Fußverkehr genauso zuwider wie gewerkschaftliches Engagement in seinen Fabriken. Tesla will teure, übermotorisierte Luxuswagen und dann viele Millionen etwas kleinerer Autos für den Massenmarkt verkaufen. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen steht Tesla in den USA für eine gewerkschaftsfeindliche Linie und massive Verstöße gegen Arbeitsrechte.

Der Austausch von 47 Millionen Verbrenner-Autos in Deutschland durch 47 Millionen E-Autos ist keine Verkehrswende!

Philipp Köncke und Thomas Sablowski: Highway to Hell – erneute Subventionen für die Autoindustrie - [Zeitschrift Luxemburg](#)

Eine Befürwortung der Subventionen von Seiten der Grünen und Umweltverbände ist insofern überraschend, als dass keiner der Autokonzerne eine Modellstrategie verfolgt, die mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens kompatibel ist. Stattdessen liefern sie sich ein Wettrüsten mit immer größeren, spritschluckenden SUVs und Geländewagen. So hat sich der VW-Konzern, der im Zentrum von Dieseltgate und damit eines der größten Industrieskandale steht, auch für die Zukunft das Ziel gesetzt, den Anteil von SUVs an allen verkauften Fahrzeugen zu steigern: Bis 2025 sollen weltweit mehr als 50% der verkauften Fahrzeuge aus SUVs bestehen;

Michael Moore - Film Planet of the Humans
- Full Documentary Directed by Jeff Gibbs - [video](#)

Geflüchtete - Dem Virus ausgeliefert

Dem Virus ausgeliefert - Unter Flüchtlingen breitet sich Covid-19 rasant aus.

Gerichtsurteile ermöglichen Verlassen von Massenunterkünften Von Ulla Jelpke, [JW](#)

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Überstellung von acht vulnerablen Schutzsuchenden aus Moria in eine menschenwürdige Unterbringung mit sichergestellter medizinischer Behandlung angeordnet. Die Menschen wurden vor dem EGMR von [PRO ASYL](#) / Refugee Support Aegean (RSA) vertreten.

Diese Einzelfall-Klagen durch alle Instanzen sind leider notwendig, solange es keine umfassenden Maßnahmen gibt. Die Bedingungen in den EU-Hotspots setzen alle Schutzsuchenden weiterhin einer enormen Gefahr aus. Die Corona-Pandemie macht die vollständige Räumung der Lager zum Gebot des Gesundheitsschutzes und der

Menschlichkeit dringend notwendig. Nur die komplette Evakuierung der Lager kann den Verlust von Menschenleben verhindern. Niemand darf im Elend zurückgelassen werden.

19.000 Menschen leben in einem Flüchtlingslager in Moria, für 3.000 war es ausgelegt. Die meisten Helfer sind aus Angst vor der Corona-Pandemie abgereist. Während in Deutschland Solidarität gelebt wird, eskaliert die Lage auf Lesbos weiter. - [ARD-Sendung](#)

AlterSummit: The regularisation of undocumented migrants in Europe – [Text](#)

Covid-19 in Eastern Europe: Austerity, Authoritarianism and Religious Fundamentalism - [Transform!-Blog](#)

Ein Vorschlag: 24 notwendige Maßnahmen für einen sozial-gerechten Umgang in Zeiten von Corona

*Einige der unterzeichnenden Gruppen: Aktionsgruppe Gesundes Klima – Kritische Mediziner*innen Dtl. / Am Boden bleiben / AG Ökosozialismus der ISO / AufBäumen / AusgeCO2hlt / deCOALonize Europe / Block Bayer / BUNDjugend Bundesverband / Ende Gelände / Extinction Rebellion / Feministische Vollversammlung Köln / Klimacamp Rheinland / Klimacamp Leipziger Land / Landesarbeitsgemeinschaft Mensch und Tier Grüne SH / StudentsforFuture Deutschland*

29. April 2020 - Wir nehmen COVID-19 ernst. Wir alle wollen die Ausbreitung des Corona-Virus so gut es geht eindämmen, damit Risikogruppen geschützt werden und das Gesundheitssystem nicht kollabiert. Gleichzeitig sehen wir mit Besorgnis, dass in dieser Krise weniger privilegierte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sind: Nicht nur von der Ausbreitung des Virus selbst, sondern auch von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Vorsichtsmaßnahmen.

SOLIDARITÄT heißt mehr als nur „Zu Hause bleiben“. Es bedeutet, dass wir ALLEN Bevölkerungsgruppen den Schutz vor dem Virus ermöglichen; und dass wir NIEMANDEN mit den einhergehenden Krisen alleine lassen – ganz unabhängig von Pass und Nationalität.

#LeaveNoOneBehind

Soziale Gerechtigkeit und der SCHUTZ FÜR BESONDERS BETROFFENE muss der Maßstab sein, mit dem wir diese Krise bewältigen – hierzulande und weltweit. Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn allen Mitgliedern dieser Gesellschaft die materiellen und sozialen Grundla-

gen für ein gutes Leben und demokratische Teilhabe zu Verfügung stehen.

Es darf nicht zu einer Verselbständigung von Überwachungs- und Eingriffsmaßnahmen kommen, die GRUNDRECHTE gefährden. Wir müssen uns als Gesellschaft auch in Krisenzeiten die Frage stellen welche Eingriffe verhältnismäßig sind, d.h. was erforderlich, geeignet und angemessen ist. Dies können wir nicht den Herrschenden überlassen.

PFLEGE- UND GESUNDHEITSSYSTEME umbauen ist unsere Forderung für ein Gesundheitssystem frei von Konzerninteressen und Profitdenken hin zu einem System mit angemessenem Lohn für Pflegekräfte.

Die Corona-Krise zeigt uns außerdem die Mängel unseres jetzigen Wirtschaftssystems.

Lasst uns die kommenden Umbrüche als Anlass nehmen, unsere Lebens- und Produktionsweisen; unsere **WIRTSCHAFT NACHHALTIG, GERECHT UND KRISENFEST AUFZUSTELLEN.**

Darum fordern wir:

SOLIDARITÄT KENNT KEINE GRENZEN

1. Sofortige Aufnahme von Geflüchteten (...)
2. Geflüchtete vor Ort gesundheitlich schützen – in Deutschland und überall (...)
3. Gesundheit grenzenlos denken: Versorgung von Menschen über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus / Austausch von medizinischen Geräten
4. Umverteilung von wirtschaftsstarken Ländern an wirtschaftsschwache Länder: Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens und betroffene Länder in der EU (...)

SCHUTZ FÜR BESONDERS BETROFFENE

5. Unterstützung von Menschen in prekären Lebenssituationen: Bereitstellung bzw. Erweiterung von Unterkünften (...) / Unterstützung der Tafeln (...) / Bereitstellung von technischer Infrastruktur (Notebooks, W-LAN) für Schüler*innen in prekären Lebenssituationen, bzw. Zugang zu Schulunterricht in der Schule in kleinen Gruppen
6. Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Gewalt & körperlicher Selbstbestimmung: Ausbau der Angebote von Frauen*häusern, Beratungsstellen für Frauen, Lesben, Inter- & Transpersonen (...) / Niederschwelliger Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung und zum Schwangerschaftsabbruch / Ausbau von Gewaltprävention bei Männern (...)
7. Unterstützung bestehender und Schaffung zusätzlicher Unterstützungsstrukturen für vulnerable Gruppen, auch im ländlichen Bereich (...)

8. Unterstützung von migrantischen (Saison-)Arbeiter*innen und Menschen ohne dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis
9. Existenzielle Absicherung gewährleisten: (...) mindestens Wasser, Strom, Heizung und medizinische Versorgung; keine Stromabklemmungen / Kündigungsschutz von Mieter*innen; keine Zwangsräumungen (...)
- Keine finanziellen Sanktionen in Jobcentern und bei der Bundesagentur für Arbeit / Absicherung und höhere Lohnzahlungen für Menschen im Niedriglohnsektor, unabhängig von Staatsangehörigkeit (...) / Finanzielle Soforthilfen für Menschen und Institutionen, die durch die Krise besonders stark und besonders lange betroffen sind (...) / Bedingungsloses Grundeinkommen

GRUNDRECHTE WAHREN

10. Keine digitale Überwachung
11. Klare Fristen für bestimmte Freiheits-einschränkende Maßnahmen / Kein Einsatz der Bundeswehr – stattdessen Schaffung zivilen Krisenschutzes mit Bundesgeldern
12. Schutz des Versammlungsrechtes: Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit muss erhalten bleiben: Menschen, die bei politischen Versammlungen den Infektionsschutz berücksichtigen, müssen dieses Grundrecht ausüben können! (Artikel 8, Grundgesetz)
13. Stärkung der Arbeiter*innen-Rechte: Keine Einschränkung der freien Berufswahl, keine Zwangsverpflichtung für den Kriseneinsatz und keine Anpassung der Arbeitsbedin-

gungen, bzw. nur mit Mitsprache / Keine Entlassung von infizierten Menschen (...) / Bei Insolvenz Vorrecht der Arbeiter*innen, Betriebe zu übernehmen (...)

14. Schutz der Grundrechte für Menschen im Gefängnis

PFLEGE- UND GESUNDHEITSSYSTEME

UMBAUEN

15. Gesundheitssysteme zukunftsfähig umbauen: Gesundheitssystem frei von Konzerninteressen etablieren, von Effizienz- hin zu Gemeinwohlorientierung / Re-Kommunalisierung von Krankenhäusern / Einführung einer Bürger*innen-Versicherung / Öffentliche Gewährleistung von allen medizinisch sinnvollen Gesundheitsleistungen / Pflegenotstand beenden; (Gehalt erhöhen, Bedingungen verbessern, Personal erhöhen) / Orientierung der medizinischen Forschung an globalen Gesundheitsbedürfnissen, nicht an Rendite-Erwartungen / Abschaffung von Patentrechten in der medizinischen Forschung

16. Anerkennung von Sorge-Arbeit als zentrale Säule unserer Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens: Einführung der 30h-Woche für mehr Zeit für Care-Arbeiten / bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sowie Wertschätzung für zumeist von Frauen* und Migrant*innen geleistete Arbeiten wie Müllabfuhr, Reinigungskräfte, Kassierer*innen, Erntehelfer*innen,... / Förderung von Strukturen, die eine Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Pflege ermöglichen (z.B. Kita-Plätze, Teilzeitstellen)

17. Grundversorgung für alte, alleinlebende und kranke Menschen: Solidarischer Schutz mit Rücksicht auf Pflege, Unterstützungsbedarf im täglichen Leben und Aufrechterhaltung sozialer Kontakte / Förderung von Mehrgenerationen-Wohnen statt Isolierung in Altersheimen

WIRTSCHAFT NACHHALTIG, GERECHT UND KRISENFEST AUFSTELLEN:

Insbesondere vor dem Hintergrund möglicher weiterer Krisen oder Pandemien ist das ein wichtiger Aspekt für die Zukunft.

18. Menschen unterstützen statt Konzerne retten.:

Koppelung von Rettungspaketen an ökologische und soziale Kriterien: Keine Subventionierung bzw. keine Kompensationen für Schäden aus der Corona-Krise für fossile Energiekonzerne und andere klimaschädliche Industrien / (...) Ausbau von Gemeingütern / (...) Basisdemokratische Auseinandersetzung damit, was produziert werden soll und wie es produziert werden soll / Umschulungsangebote, damit Arbeitsplätze in zukunftsfähige Bereiche verlagert werden können

Vorrang haben Investitionen in: erneuerbare Energieversorgung, Speichertechnologien / krisenresiliente, agrarökologische und emissionsarme Landwirtschaft / nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Bauen und Wohnen (...) / sozial-ökologische Mobilität: Ausbau von Radwegen und barrierefreier ÖPNV inkl. günstigem Bahnverkehr und Nachtzügen.

19. Keine Abkehr vom Klimaschutz: Atomausstieg ebenso wie den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vorantreiben; Rückbau der Tierproduktion zwecks Wiederaufforstung von Wäldern sowie Wiedervernässung von Feuchtgebieten, Subventionen für den Autoverkehr in den Ausbau des öf-

fentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes umleiten; (...) Beendigung der Subventionen für den Flugverkehr / Reduktion des Flugverkehrs (...)

20. Stopp der Privatisierung aller Daseinsversorgungen (...)

21. Sofortiger Produktions- und Exportstopp jeglicher Waffen; Kriege müssen beendet und Zivilist*innen geschützt werden

22. Agrarwende hin zu zuverlässiger, sozial gerechter, ökologisch verträglicher und tierleidfreier Lebensmittelversorgung (...)

23. Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen: ökologische und soziale Ausrichtung von Handel und Entscheidungsprozessen; Abbau neokolonialer Abhängigkeiten; (...) Ablehnung Mercosur-Abkommen und weiterer Freihandelsverträge; Regionalisierung des Ernährungssystems und Ernährungssouveränität; Stopp von Landgrabbing; Globalen Handel stärker regulieren: (...) Umwelt- und Menschenrechtsschutzgesetze für internationale Konzerne (Einbezug aller Betroffenen)

24. Umverteilung durch Einführung und konsequente Durchsetzung von Finanztransaktionssteuer; Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung; Beseitigung von Steuerschlupflöchern; Vermögensabgabe und Vermögenssteuer; Erbschaftssteuer auf Unternehmen; „Reichensteuer“; Einführung eines Maximaleinkommens; Starke Regulation bzw. Ende von finanzieller Spekulationen (z.B. Lebensmittel); Sonderabgabe von Unternehmen, die besonders durch die Krise profitieren (Versandhandel, Logistikunternehmen, Digitalisierungsunternehmen...)

Hin zu einem sozial ökologischen Umbau durch Daseinsvorsorge und sozialen Sicherungssystemen / Bedingungsloses Grundeinkommen / gemeinwohlorientierte Betriebe / Stärkung des Care-Bereiches / Energiewende / gemeinwohlorientierte Wohnraum-Träger / Ausbau von Gemeingütern / Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe (Postwachstumsökonomie)

Corona ist nicht unsere einzige kollektive Herausforderung. Wir können jetzt lernen, wie wir dem Klimawandel und anderen gesellschaftlichen Problemen begegnen können: **gemeinsam, entschlossen, solidarisch, beispieldlos.** Unter diesen 24 notwendigen Maßnahmen zum Umgang mit der Corona-Krise sind einige dabei, die sich an den Staat und seine Institutionen richten. **Doch es genügt nicht, Forderungen an den Staat zu stellen. Es braucht selbstorganisierte Strukturen, die alternative Wege erarbeiten und Freiräume erstreiten.** Das muss kein Widerspruch zu staatlichen Sozialleistungen sein. Es ist unsere Aufgabe als soziale Bewegungen, diese Freiräume Schritt für Schritt aufzubauen und in Austausch dazu zu kommen, wie wir uns eine herrschaftsarme Zukunft vorstellen können.

Lasst uns gerade jetzt für eine lebenswerte sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft eintreten.

Vollständiger Text:

<http://www.ausgeco2hlt.de/2020/04/29/24-notwendige-ma%C3%9fnahmen-f%C3%BCr-einen-sozial-gerechten-umgang-in-zeiten-von-corona/>